

3 Der Beschäftigungsbeitrag kleiner und mittlerer Unternehmen

3.1 Einführung

Renaissance des Mittelstands

Die Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nahm im Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre stetig ab; die Zahl der Selbständigen erreichte Mitte der siebziger Jahre in Westdeutschland einen Tiefpunkt. Viele Ökonomen priesen damals die Vorzüge großer Unternehmen und oligopolistischer Strukturen. Seit den letzten drei Jahrzehnten ist jedoch ein Wandel in der wirtschaftlichen Bedeutung wie in der wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Wahrnehmung von KMU zu beobachten. So stieg der Anteil der Beschäftigten in westdeutschen KMU (mit weniger als 500 Beschäftigten) zwischen 1970 und 1987 von 55 % auf 58 %.¹ Auf den ersten Blick erscheint dieser Zuwachs um drei Prozentpunkte sehr gering. Tatsächlich handelt es sich um eine „Nettoverschiebung“ von etwa zwei Millionen Arbeitsplätzen von großen Unternehmen zu KMU.

Die Wirtschaftspolitik hofft auf einen anhaltend hohen und noch weiter zunehmenden Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen und versucht, diesen Beschäftigungsbeitrag durch eine spezielle Förderung der KMU zu sichern. Für eine solche spezielle KMU-Förderung werden aber auch ordnungs- und wettbewerbspolitische Gründe angeführt. Viele Märkte neigen zur Konzentrationsbildung. Marktbeherrschende Positionen bedeuten aber in der Regel höhere Preise und weniger Innovationen. Es fehlt der durch konkurrierende Unternehmen erzeugte Wettbewerbsdruck, Preise und Kosten zu senken bzw. die Qualität der Leistung zu erhöhen. KMU und Existenzgründer erzeugen hingegen Wettbewerbsdruck „von unten“ und produktive Unruhe. Beides ist für Marktwirtschaften essenziell. Aus ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gründen ist es deshalb besonders wichtig, eine pluralistische Wirtschaftsstruktur mit einer ausgewogenen Mischung aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen zu erhalten.

Neben beschäftigungs-, ordnungs- und wettbewerbspolitischen Gründen können noch weitere Argumente für die Förderung von KMU und Existenzgründungen angeführt werden. Eines zielt auf das – gemessen an ihrer Größe – hohe Innovationspotenzial ab. Eine Vielzahl von Studien belegt, dass KMU ihr Innovationspotenzial im Vergleich zu Großunternehmen aufgrund Größen bedingter Nachteile nur unterdurchschnittlich ausschöpfen.² Dass Unterneh-

¹ Vgl. Acs und Audretsch (1993).

² Siehe hierzu u. a. MittelstandsMonitor (2003), Kapitel 4.

men grundsätzlich weniger innovieren als gesamtwirtschaftlich wünschenswert ist, liegt an sogenannten Unteilbarkeiten und externen Effekten, die dazu führen, dass sich Innovationsprojekte aus einzelwirtschaftlicher Perspektive oft nicht rechnen.³ Bei einer Zahl von ca. 3,3 Mio. KMU in Deutschland ist das nicht ausgeschöpfte Potenzial – insgesamt gesehen – beachtlich und eine Förderung aus Sicht der Wirtschaftspolitik erwünscht.

Mit Hilfe der Förderung sollen in erster Linie Größen bedingte Nachteile von mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern ausgeglichen oder gemildert und so ihre Chancen im Wettbewerb mit Großunternehmen verbessert werden. KMU weisen im Vergleich mit Großunternehmen ein höheres individuelles Unternehmensrisiko auf. Je kleiner und je jünger das Unternehmen ist, desto größer ist zudem die Unsicherheit über das individuelle Ausfallrisiko aus Sicht der Geldgeber. Dies erschwert KMU den Zugang zu externer Finanzierung wie Krediten oder Beteiligungen. Weiterhin begründet der erschwerte Zugang von KMU zum organisierten Kapitalmarkt sowie die höheren relativen Bearbeitungskosten (bezogen auf das Finanzierungsvolumen) eine Verteuerung externen Kapitals und somit weitere Größen bedingte Finanzierungsnachteile. Die Mittelstandsförderung in Deutschland zielt daher vornehmlich auf die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen ab. Damit soll deren Fähigkeit gestärkt werden, Arbeitsplätze zu schaffen, ihr Innovationspotenzial auszuschöpfen und ihren Beitrag zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu leisten.

Trotz zahlreicher Analysen und Studien ist das Wissen um die Wirkungen der Mittelstandsförderung begrenzt und sollte daher auch zukünftig durch wissenschaftliche Evaluationen weiter ausgebaut werden. Die Ergebnisse der Evaluationen unterstützen die Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums. Viele Evaluationen beschränkten sich bisher (auch mangels geeigneter Daten) auf Input orientierte Umsetzungskontrollen. Ergebnis orientierte Wirkungsanalysen mittels moderner Evaluationsverfahren finden indessen seltener statt.

Gründe für den Bedeutungszuwachs der KMU

Die Renaissance der KMU vollzog sich mit dem Strukturwandel hin zu einer dienstleistungsorientierten Wirtschaft (Tertiarisierung) und mit technologischen Innovationen insbesondere in den Bereichen Computer-, Kommunikations- und Mikrotechnologie. Diese Entwicklungen

³ Dies liegt daran, dass ein innovatives Unternehmen nicht alle Erträge aus seiner Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (FuE) für sich allein vereinnahmen kann. Auch andere Unternehmen können von diesem Wissen profitieren, ohne für diese Nutzung ein entsprechendes Entgelt entrichten zu müssen. Da Unternehmen jedoch nur in dem Maße bereit sind, in Forschung und Entwicklung zu investieren, wie es ihnen auch gelingt, die Früchte hieraus für ihr eigenes Unternehmen zu sichern, wird der gesamtwirtschaftliche Nutzen, der über die privaten Erträge hinaus geht, nicht berücksichtigt (MittelstandsMonitor (2003), Kapitel 4).

stoßen weitere an. So verstärken z. B. die Fortschritte in den Informations- und Kommunikationstechnologien die durch die Globalisierung induzierten Veränderungen in der Organisation von Märkten und Unternehmen.

Steigende Renditeanforderungen der Investoren, Kostendruck sowie die zunehmende Komplexität des Wirtschaftsprozesses stimulierten Maßnahmen der Unternehmen, ihre betrieblichen Abläufe zu reorganisieren und zu verschlanken. Die Dezentralisierung der Aktivitäten von großen Unternehmen ging einher mit neuen Formen der Arbeitsteilung zwischen Großunternehmen und KMU. Es entstanden neue, kleinere Betriebe und Tochterfirmen, welche sich um die Erbringung spezifischer Leistungen kümmerten. Eine Vielzahl der Gründungen ist demnach Ergebnis unternehmensinterner Umstrukturierungsmaßnahmen, mit dem Ziel, die Effizienz der Leistungserstellung zu erhöhen.

Im Zuge der Globalisierung kam es zu einer deutlichen Zunahme der Importkonkurrenz bei standardisierten Massenprodukten. Insbesondere große Unternehmen reagierten auf den zunehmenden Wettbewerbs- und Kostendruck mit Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. So zeigen Analysen der RWI Datenbank „Globalisierung“ bei 122 deutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit Auslandsaktivitäten einen wachsenden Anteil der Beschäftigten im Ausland. Waren im Jahr 1990 gerade einmal gut 30 % der Beschäftigten im Ausland tätig, stieg ihr Anteil bis 1998 auf knapp 47 %.⁴ Die Verlagerung führt für sich genommen dazu, dass der Beschäftigungsbeitrag der Großunternehmen im Inland sinkt und so der Beschäftigungsanteil der KMU in Deutschland steigt.

Kleine und junge Unternehmen gelten als Hoffnungsträger für das Erkennen und Nutzen von Marktchancen, da sie meist flexibler auf neue Ideen reagieren können. Schwach ausgeprägte interne Bürokratien und kurze Informationswege sind als ihre Vorteile hervorzuheben. Eine Vielzahl neuer Marktchancen entstehen durch die zunehmende Dienstleistungsintensität der Produktionsprozesse und die wachsenden Serviceansprüche der Kunden.

Ihre höhere Flexibilität kann KMU auch Vorteile bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien verschaffen. Die zunehmend kürzer werdenden Lebenszyklen von Produktgruppen und Technikfeldern machen es immer wichtiger, in kurzer Zeit Innovationen zu entwickeln und anzuwenden. Die Beziehung zwischen jungen und kleinen Unternehmen auf der einen Seite und etablierten größeren Unternehmen auf der anderen ist hier vielfach komplementär. Große Unternehmen gehen zur Präsenz in neuen, noch unerprobten Technologie-

⁴ Döhrn und Radmacher-Nottelmann (2000), S. 10, 13. Die berücksichtigten Unternehmen stellen im Jahr 1997 17 % der inländischen Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und 40 % der im Ausland beschäftigten Personen in Filialen deutscher Unternehmen.

feldern oft strategische Beteiligungen oder Allianzen mit jungen, hochinnovativen Unternehmen ein, um das eigene Risiko gering zu halten. Diese jungen und kleinen High-Tech-Unternehmen erfüllen somit eine bedeutende "Testfunktion"⁵ für Großunternehmen.

In der Summe führen die aufgezeigten Trends zu einer Wirtschaft, deren wichtigstes Kapital Wissen ist. Wissen, das benötigt wird, um zu produzieren, um bestehende Produkte und Technologien weiter zu entwickeln, oder neue zu erfinden. Die Wissensintensivierung der Wirtschaft verlangt zunehmend die fortwährende Anpassung an die neuste technologische Entwicklung, erweitert aber auch die Möglichkeiten, innovative Ideen als Selbständige zu verwirklichen. Dieser Wandel wird durch einen gleichzeitig stattfindenden gesellschaftlichen Wertewandel (z. B. Kultur der Selbständigkeit, zunehmende Eigenverantwortung oder neue Arbeitsformen) unterstützt.

Fragstellungen des Kapitels

Ein wesentlicher Grund für den hohen Stellenwert von KMU besteht in ihrem Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Für die Generierung neuer Jobs in der Wirtschaft kommen prinzipiell zwei Quellen in Frage: Erstens die Gründung von Unternehmen, bei der die Gründer zunächst für sich selbst einen Arbeitsplatz schaffen und ggf. sofort Mitarbeiter einstellen. Zweitens das Wachstum bestehender Unternehmen. Das Pendant dazu ist der Verlust von Arbeitsplätzen durch Unternehmensschließungen und Schrumpfungsprozesse. Um den Nettobeitrag von kleinen und mittleren Unternehmen zur Beschäftigungsentwicklung zu bestimmen, sind daher sowohl Beiträge zum Arbeitsplatzaufbau als auch zum Arbeitsplatzabbau zu betrachten. Erst diese Netto-Sicht erlaubt ein gesamtwirtschaftlich relevantes Urteil.

Im Mittelpunkt des folgenden Beitrags steht die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch ist der Anteil von KMU an der Gesamtbeschäftigung, den neuen sowie den abgebauten Arbeitsplätzen?
2. Gibt es einen Trend hin zu mehr Beschäftigung in KMU (Dezentralisierung der Beschäftigung)?
3. Wie entwickelt sich der Beschäftigungsanteil neu gegründeter Unternehmen?
4. Wie viele Erwerbstätige sind selbständig tätig?

Für die nachfolgenden Analysen legen wir die in Deutschland weit verbreitete Abgrenzung von KMU zugrunde. Zu ihnen zählen alle Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten oder weniger als 50 Mio. EUR Umsatz.

⁵ Vgl. Rothwell und Dodgson (1996).

3.2 Vergleich verschiedener Datenquellen

Die Beantwortung der Fragen setzt die Verfügbarkeit geeigneter Daten voraus. Methodische Probleme bei der Erfassung der Beschäftigten in neu gegründeten und bestehenden KMU in amtlichen Statistiken erfordern einen Rückgriff auf eine Vielzahl spezifischer Datensätze, um sich dem Beschäftigungsbeitrag von KMU zu nähern. Neben den Betriebsdaten der BA (Bundesanstalt für Arbeit) nutzen wir die Daten des Mikrozensus und der ZEW-Gründerstudie zur Beschreibung der Beschäftigungsentwicklung sowie die Umsatzsteuerstatistik zur Abbildung der Bedeutung von KMU gemessen am steuerbaren Umsatz. Ohne Kenntnis der spezifischen Probleme und Defizite der einzelnen Datenquellen ist eine Ergebnispräsentation und -interpretation wenig sinnvoll. Daher erörtern wir im Folgenden kurz die zentralen Merkmale und die Aussagebeschränkungen der einzelnen Datenquellen (Box 3.1).

Eine Übersicht zu den derzeit verfügbaren Datenquellen, mit denen der Beschäftigungsbeitrag von KMU analysiert werden kann, gibt Tabelle 3.1. Zentrale Voraussetzung für die Nut-

Box 3.1: Erläuterung wichtiger Begriffe und verwendeter Datensätze

Begriffe

originäre Gründung	Erstmalige Errichtung einer neuen betrieblichen Faktorkombination.
Gründungskohorte	Unternehmen, die in einem bestimmten Zeitraum gegründet wurden.
Betrieb vs. Unternehmen	Ein Unternehmen kann aus ein oder mehreren rechtlich unselbständigen Betrieben bestehen.
Erwerbstätige vs. Beschäftigte	Erwerbstätige umfassen zusätzlich zu den abhängig Beschäftigten noch Beamte, Selbständige und deren mithelfende Familienangehörige.
Selbständige	Selbständig ist, wer seine Tätigkeit im wesentlichen frei gestalten und seine Arbeitszeit und seinen Arbeitsort frei bestimmen kann.

Datensätze

Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes (destatis)	Jährlich durchgeführte Befragung einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe (ca. 820.000 Personen) zur Erhebung von Angaben zur Bevölkerungsstruktur, der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, dem Haushalts- und Familienzusammenhang, Erwerbstätigkeit, Bildung und Wohnverhältnissen. Unter anderem werden die Teilnehmer nach der Größe des <u>Betriebes</u> , in dem sie arbeiten, gefragt.
KfW-Mittelstandspanel	Das KfW-Mittelstandspanel ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland.
IAB Betriebsdatei	Sie wird auf Grundlage der Stichtagsdaten der Beschäftigtenstatistik erstellt und umfasst Angaben zu allen Betrieben in der Bundesrepublik, die mindestens einmal zu einem der Stichtage sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gemeldet haben. Neben der Zahl der Beschäftigten werden noch Ort (Kreis und Arbeitsamtsbezirk) und die Branche der Betriebe festgehalten. Solo-Selbständige und Selbständige mit ausschließlich geringfügig Beschäftigten sowie Erwerbstätige mit Mini-Jobs werden nicht berücksichtigt.

Box 3.1 (fortgesetzt): Erläuterung wichtiger Begriffe und verwendeter Datensätze

Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes (destatis) Die Umsatzsteuerstatistik beruht auf der monatlichen und vierteljährlichen Auswertung der Umsatzsteuer-Voranmeldungen. Zu diesen sind alle Unternehmen verpflichtet, deren Umsatz über 16.617 EUR und deren Steuer über 512 EUR im Jahr beträgt. Erfasst werden die jährlichen Umsätze nach Wirtschaftszweigen, die der deutschen Umsatzbesteuerung unterliegen. Sie werden z. T. in Verbindung mit Angaben zu Unternehmensgrößenklasse und Rechtsform erhoben. Die bis 1995 zweijährliche Erhebung, wird nunmehr jährlich durchgeführt.

Gründungspanel und ZEW-Gründerstudie Datengrundlage des ZEW-Gründungspanel sind etwa halbjährlich bereitgestellte Unternehmensdaten der größten deutschen Kreditauskunftei Creditreform, welche über eine umfassende Datenbank zu deutschen Unternehmen verfügt. Erhebungseinheit ist das rechtlich selbständige Unternehmen. Die originären Unternehmensdaten werden vor der wissenschaftlichen Auswertung verschiedenen Aufbereitungsprozeduren und Plausibilitätstests unterzogen.

Die ZEW-Gründerstudie beinhaltet detaillierte für die Jahre 1999 und früher laufende Angaben zu über 3.700 Unternehmen der Gründungsjahre 1990 - 1993. Die Daten wurden mittels einer einmaligen Telefonbefragung gewonnen, die auf Kontaktadressen einer 12.000 Unternehmen umfassenden Zufallsstichprobe aus dem ZEW-Gründungspanel zurückgriff.

zung einer Datenquelle ist, dass eine Differenzierung nach Größenklassen möglich ist und die Quelle repräsentativ zur Abbildung der Wirtschaftsaktivität ist. Die Datengrundlagen unterscheiden sich u.a. darin, ob Erwerbstätige oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erfasst werden, und ob die Informationen auf der Betriebs- oder der Unternehmensebene erhoben werden.

Auf der Unternehmensebene liegen mit der Umsatzsteuerstatistik nur Angaben zum zu versteuernden (steuerbaren) Umsatz vor. Nicht jedoch zur Zahl der Beschäftigten. Es lassen sich allenfalls indirekt Aussagen zu den Beschäftigungsbeiträgen der einzelnen Unternehmensgrößenklassen ableiten. Die Umsatzsteuerstatistik hat neben dem Fehlen des Beschäftigungsindikators noch den Nachteil der Untererfassung von bestimmten wirtschaftsaktiven Unternehmen.⁶ Dies liegt zum einen in den zahlreichen Ausnahmetatbeständen des §19 UStG (Befreiung von der Umsatzsteuer für: Land- und Forstwirtschaft, überwiegender Teil des Kredit- und Versicherungsgewerbes, Wohnungswirtschaft, Gesundheitswesen, etc.) zum andern in der Abschneidegrenze zur Umsatzsteuerpflicht (16.617 EUR seit 1996) begründet. Viele Freiberufler und Kleinstunternehmer werden daher nicht berücksichtigt.

Die Implikationen der engeren Abgrenzung sind eindeutig: Der Beitrag von KMU zu Beschäftigung und Wertschöpfung ist nach der neuen KMU-Definition geringer als nach der bisheri-

⁶ Vgl. Lageman und Löbbe u.a. (1999), S. 67f.

gen Abgrenzung. Deutschland hat u. a. einen vergleichsweise starken industriellen Mittelstand, der bei Anwendung der EU-Definition ausgegrenzt wird.

Tabelle 3.1: Stellenwert von KMU nach Auswertung verschiedener Datenquellen

Datenquelle	Erhebungseinheit	Stellenwert von KMU im Jahr 2000
Umsatzsteuerstatistik (Stat. Bundesamt)	Umsatz von steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen	29 % der Umsätze entfällt auf Steuerpflichtige mit weniger als 10 Mio. EUR Umsatz, 15 % der Umsätze entfällt auf Steuerpflichtige mit 10 bis unter 50 Mio. EUR Umsatz
Mikrozensus (Stat. Bundesamt)	Erwerbstätige auf Betriebsebene	51 % der Erwerbstätigen arbeiten in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten
IAB Betriebsdatei	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf Betriebsebene	43 % der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten, 35 % der Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten

Quelle: Eigene Berechnungen.

Demgegenüber steht die IAB Betriebsdatei, welche die qualitativ besten Indikatoren zur Beschreibung der größenspezifischen Beschäftigungsentwicklung enthält. Diese liegen allerdings nur auf Betriebsebene vor und nur für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Mikrozensus werden neben abhängig Beschäftigten auch Selbständige nach der Größe des Betriebes befragt, in dem sie tätig sind. Ein Manko des Mikrozensus ist, dass aufgrund der Fragestellung eine Abgrenzung mittlerer Betriebe (50 bis 499 Beschäftigte) nicht möglich ist.

Da Unternehmen oft über mehrere Betriebe verfügen und sich das Unternehmen in einer anderen Größenklasse befinden kann als der einzelne Betrieb, wird der Beschäftigungsbeitrag größerer Unternehmen einerseits eher unterschätzt: Denn vor allem größere Unternehmen dürften über mehrere Betriebe verfügen. Die Unterschätzung ist auch deshalb von Bedeutung, weil in den letzten Jahren ein eindeutiger Trend zur Auflösung großbetrieblicher Strukturen zu Gunsten der Bildung kleiner, flexibler Betriebseinheiten innerhalb bestehender Großunternehmen zu beobachten war. Auf der anderen Seite weisen die IAB Daten nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus. Selbständige und geringfügig Beschäftigte, die vor allem in KMU tätig sind, werden hier nicht erfasst. Folge dessen ist eine Unterschätzung des Anteils der KMU. Das Zahlenmaterial der IAB Betriebsdatei erlaubt nur eine Annäherung an den Beschäftigungsbeitrag von KMU. Der Anteil der KMU an allen Beschäftigten ist mit hoher Wahrscheinlichkeit geringer.

Neben den quantitativen Merkmalen für KMU (unter 500 Beschäftigte, unter 50 Mio. EUR Umsatz) werden auch qualitative Kriterien zur Abgrenzung von KMU herangezogen. Dazu

Box 3.2 KMU-Definitionen**KMU-Definition des IfM-Bonn ***

Unternehmensgröße	Beschäftigte	Umsatz
- klein	bis 9	bis 1 Mio. Euro
- mittel	10 bis 499	1 bis 50 Mio. Euro
- groß	500 und mehr	50 Mio. Euro und mehr

* Günterberg und Wolter (2002).

KMU-Definition der EU-Kommission

Der neuen Empfehlung der Europäischen Kommission zufolge werden Unternehmen ab dem 1.1.2005 als KMU gezählt, wenn sie folgende Kriterien erfüllen:

- weniger als 250 Beschäftigte,
- weniger als 50 Mio. Euro Umsatz oder
- weniger als 43 Mio. Euro Bilanzsumme,
- eigenständiges Unternehmen, d. h. 25 % oder mehr seines Kapitals oder seiner Stimmrechte dürfen nicht direkt oder indirekt von einem anderen Unternehmen kontrolliert werden (vgl. EU-Kommission (2003)).

Die Implikationen der engeren Abgrenzung sind eindeutig: Der Beitrag von KMU zu Beschäftigung und Wertschöpfung ist nach der neuen KMU-Definition geringer als nach der bisherigen Abgrenzung. Deutschland hat u. a. einen vergleichsweise starken industriellen Mittelstand, der bei Anwendung der EU-Definition ausgegrenzt wird.

zählt auch die völlige oder weitgehende Konzernunabhängigkeit.⁷ Wird die EU-Definition zu Grunde gelegt, so gelten Unternehmen als KMU, sofern eine etwaige Kapitalbeteiligung eines Großunternehmens unter 25 % liegt.⁸ Sofern dieser Anteil überschritten wird, so die Vermutung, werden Größen bedingte Nachteile durch den Rückgriff auf Ressourcen desjenigen Unternehmens ausgeglichen, welches den kontrollierenden Einfluss ausübt. Die einzelnen Unternehmen sind zwar rechtlich, nicht jedoch wirtschaftlich selbständig. Die amtliche Statistiken erfassen die kleinsten rechtlich selbständigen Einheiten, aber nicht den Verbund. In der Konsequenz wird der Anteil der Großunternehmen unterschätzt. Analysen der Bilanzdatenstatistik der Bundesbank weisen einen Anteil Konzern unabhängiger KMU von 93,5% aus.⁹

⁷ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober (2003): Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland. S. 31 ff.

⁸ ebenda.

⁹ ebenda. Andere Untersuchungen kommen zu vergleichbaren Ergebnissen: Nach ZEW-Analysen sind an 10 % der deutschen Unternehmen andere Unternehmen beteiligt. (Basis: Im ZEW-Gründungspanel erfasste wirtschaftsaktiven Unternehmen mit Sitz in Deutschland zum Ende des Jahres 2002). Das IfM-Bonn ermittelte einen Anteil unabhängiger KMU von 95 % (Günterberg und Wolter 2002).

Bezogen auf die Zahl der Unternehmen ist der Anteil allerdings wenig aussagekräftig. Entscheidend sind die Anteile an Wertschöpfung und Beschäftigung unter Berücksichtigung von Konzernverflechtungen. Testrechnungen der Monopolkommission für den deutschen Lebensmittelhandel zeigen die Größenordnung der Unterschätzung der Bedeutung großer Unternehmen, die durch eine Nichtberücksichtigung der Konzernverflechtungen verursacht wird, deutlich auf. So wird der Marktanteil der zehn größten Anbieter einschließlich der verbundenen Unternehmen auf 75 bis 82 % beziffert, ohne Einbeziehung verbundener Unternehmen liegt er lediglich bei 41 %.¹⁰ Eine exakte Angabe des Beschäftigungsanteils der KMU unter Berücksichtigung rechtlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der Unternehmen ist mit den vorhandenen Datenquellen nicht möglich.¹¹

3.3 Beschäftigungsanteil der KMU im Zeitverlauf

Status Quo

Dem Erwerbstätigenkonzept des Statistischen Bundesamtes im Mikrozensus folgend (vgl. Box 3.1), arbeiteten im Jahr 2000 gut 51 % der Erwerbstätigen in ihrer Haupttätigkeit in kleinen Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten. Werden nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der IAB Betriebsdatei betrachtet, kommt man dagegen im Jahr 2000 auf einen Anteil der kleinen Betriebe von 43 %.¹² Der Unterschied zum Mikrozensus ist im Wesentlichen auf die fehlende Erfassung von Selbständigen in der IAB Betriebsdatei zurückzuführen.¹³ Es sind aber gerade die mittelständischen Unternehmen, in denen die Eigentümer aktiv als Unternehmer tätig sind. Unternehmen, die neben den Inhabern keine weiteren Beschäftigten haben, sind in der IAB Betriebsdatei nicht erfasst. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2000 etwa 79 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten.

Das IfM Bonn schätzt den Beschäftigungsbeitrag der KMU auf Basis der IAB Betriebsdatei, die mittels einer aus der alten Arbeitstättenzählung abgeleiteten Relation in Unternehmenszahlen transformiert wird. Ergänzend werden Korrekturrechnungen durchgeführt (z.B. Zu-

¹⁰ Vgl. Monopolkommission (2002), S. 17.

¹¹ Keine der vorhandenen Datenquellen kann eine Antwort darauf geben, welche Größenstruktur sich bei Berücksichtigung von Unternehmensverflechtungen (Zusammenschluss von Unternehmen zu Konzernen) ergibt. Eine solche Analyse wird am ehesten mit dem im Aufbau befindlichen Unternehmensregister möglich sein (vgl. hierzu Feuerstack, 2001).

¹² Die Autoren danken Herrn Dr. Udo Brix vom IAB für die Aufbereitung und Bereitstellung des Datenmaterials aus der IAB Betriebsdatei und seine wertvollen Hinweise.

¹³ Vgl. dazu Abschnitt 3.5

rechnung nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigter). Auf dieser Grundlage ergibt sich ein Anteil des Mittelstandes an der Beschäftigung im Jahr 2000 von 69,7 %.¹⁴

Zusätzlich verfolgen wir einen weiteren Ansatz, uns dem Beschäftigungsbeitrag von KMU zu nähern. Dazu verwenden wir die Umsatzsteuerstatistik. Hier weisen KMU beim steuerbaren Umsatz im Jahr 2000 einen Anteil von 43 % auf. Allein aus dem Umsatzanteil kann jedoch nicht auf den Beschäftigungsanteil geschlossen werden, denn die Arbeitsproduktivität (= Umsatz je Beschäftigte) fällt bei Großunternehmen deutlich höher aus als bei KMU.¹⁵ Auf Basis von KfW Daten und unter Berücksichtigung des in der Umsatzsteuerstatistik ausgewiesenen Umsatzanteils der KMU von 43 %, schätzen wir näherungsweise den Beschäftigungsanteil der KMU. Die Schätzwerte liegen in einem Korridor zwischen 60 % und 74 %.¹⁶

Bei Anwendung der neuen EU-Definition von KMU¹⁷ würde der Beschäftigungsanteil der KMU noch geringer ausfallen, weil dann nur noch eigenständige Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten zu den KMU zählen.

Zeitliche Entwicklung der Beschäftigung nach Größenklassen

Im Folgenden befassen wir uns mit der Frage, wie sich der Beschäftigungsanteil der kleinen und mittleren Betriebe (KMB) seit den 80er Jahren entwickelt hat. Lag er schon immer bei über 70 % oder hat es im Zeitverlauf Verschiebungen gegeben?

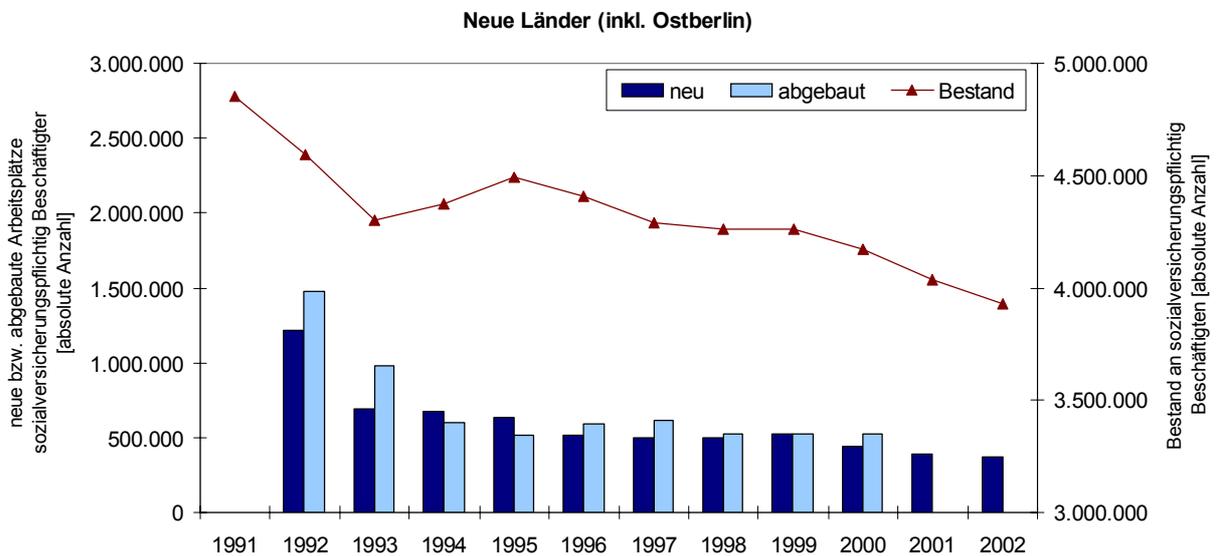
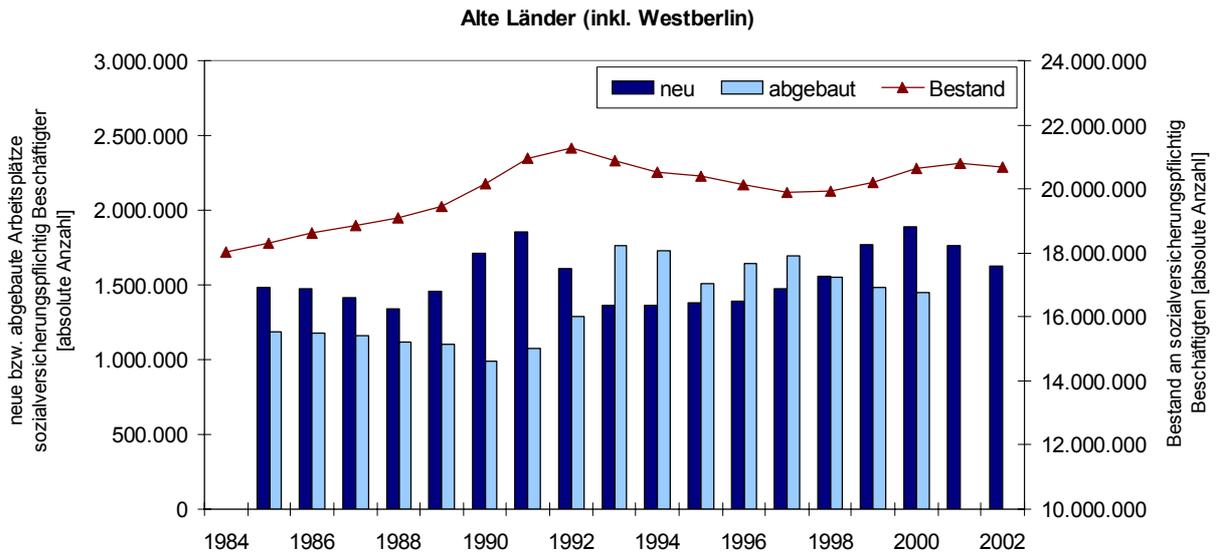
Als Basis zur Einordnung der Anteilswerte gilt unser Augenmerk zunächst der Entwicklung der absoluten Größenordnung des Bestandes an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie der Zahl neuer und abgebauter Arbeitsplätze (Grafik 3.1).

¹⁴ (Günterberg und Wolter, 2002); Arbeitsstättenzählung 1987.

¹⁵ In der Literatur finden sich sehr unterschiedliche und oft auf Teilmengen der Wirtschaft begrenzte Angaben zur Arbeitsproduktivität. Ragnitz (1999) errechnet beispielsweise für ostdeutsche Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, dass Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigte eine um den Faktor 1,7 höhere Produktivität ausweisen als Unternehmen mit 20 bis 49 Beschäftigte. Eigene Berechnungen auf Grundlage des Mannheimer Innovationspanels ergeben einen ähnlichen Wert. Dhawan (2001) hingegen ermittelt für börsennotierte amerikanische Unternehmen, dass kleine Unternehmen um 15 bis 42 Prozent produktiver sind als Großunternehmen. Die Konzentration auf börsennotierte Unternehmen stellt jedoch eine Positiv-Selektion von wachstumsstarken, hochproduktiven Kleinunternehmen dar und ist nicht repräsentativ für die gesamte Unternehmenspopulation.

¹⁶ Die umfassendste Basis zur Berechnung der Arbeitsproduktivität bieten die Daten des KfW Mittelstandspanels und der KfW Bilanzstatistik. Auf dieser Grundlage berechneten wir für das Verhältnis der Arbeitsproduktivität großer Unternehmen zu der kleiner und mittlerer eine Spannweite von 2 bis 3,75.

¹⁷ Vgl. Box 3.2.



Quelle: Sonderauswertung aus der IAB Betriebsdatei, eigene Berechnungen,

Anmerkung: Angaben zu den abgebauten Arbeitsplätzen liegen aktuell lediglich bis zum Jahr 2000 vor. Da ein Betrieb erst dann als geschlossen markiert wird, wenn er drei Jahre in Folge nicht mindestens einen Beschäftigten meldete, können aktuell letztmalig für das Jahr 2000 die entsprechenden Angaben ermittelt werden.

Grafik 3.1: Entwicklung der Zahl bestehender, neuer und abgebauter Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben

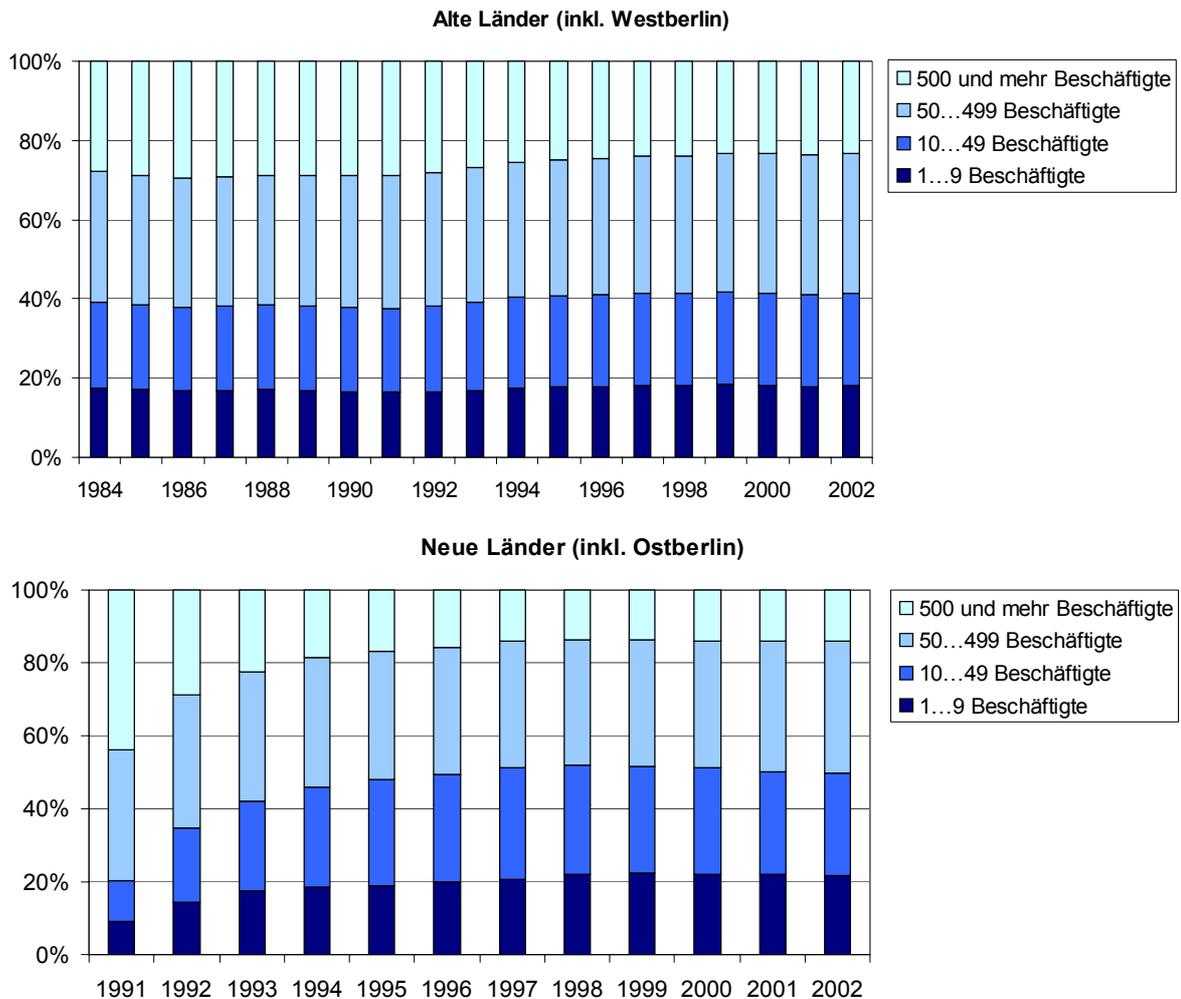
In den alten Ländern ist zwischen 1992 und 1997 ein deutlicher Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beobachtbar. Wie Grafik 3.1 zeigt, nimmt die Zahl abgebauter Arbeitsplätze ab 1992 gegenüber den Werten der Vorjahre deutlich zu. Die Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze sinkt zwar nach dem Ende des Vereinigungsbooms, ist aber seit 1993 stabil. Ab 1997 nimmt sie dann wieder zu. Ein Jahr darauf geht dann auch die Zahl abgebauter Arbeitsplätze zurück. Der Beschäftigungsrückgang ist folglich auf den überdurchschnittlich starken Abbau von Arbeitsplätzen durch Schrumpfen bzw. Schließen von Betrieben zurückzuführen. Die Entwicklung in den neuen Ländern ist in den ersten Jahren

vom Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft gekennzeichnet. Prägendes Merkmal hierfür sind die hohen Fluktuationen, d. h. es werden in Relation zu den bestehenden Arbeitsplätzen viele abgebaut aber auch viele neue geschaffen. Die Zahl neuer Arbeitsplätze verringert sich aber nahezu kontinuierlich bis zum Jahr 2002, während die Zahl abgebauter Arbeitsplätze nach 1995 zunächst wieder ansteigt und ab 1998 auf dem erreichten Niveau verharrt. Die Folge ist ein deutlicher Beschäftigungsrückgang seit 1995. Im Westen dagegen weist die Beschäftigung zwischen 1998 und 2001 eine steigende Tendenz auf.

Zur Darstellung der Veränderung der Betriebsgrößenstruktur in der Zeit ist in der Grafik 3.2 die Verteilung der Beschäftigung in den Jahren 1984 bis 2002 nach Größenklassen abgebildet. Unser besonderes Interesse gilt den kleinen Betrieben (< 50 Beschäftigte) und solchen mittlerer Größe (50 bis 499 Beschäftigte). Die Verschiebung in der *Betriebsgrößenstruktur* zeigt einen klaren Trend zur Dezentralisierung der Beschäftigung an. So steigt der Anteil der Beschäftigten in KMB an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Bundesgebiet West von 72 % im Jahr 1984 auf 77 % im Jahr 2002. In den neuen Ländern nimmt der Anteil der KMB an allen Beschäftigten in den ersten Jahren deutlich zu. Zum Ende des Untersuchungszeitraums wird ein Anteil von knapp 86 % erreicht. Bekanntermaßen haben vergleichsweise wenige große Betriebe ihren Standort in den neuen Ländern. Dies unterstreicht die wichtige Rolle der KMB als Arbeitgeber in Ostdeutschland. Schließlich fällt auf, dass KMB in den neuen Ländern seit 1997 und in den alten Ländern seit 1999 den Anteil der Beschäftigung auf dem erreichten hohen Niveau halten, nicht jedoch weiter ausbauen können.

Die skizzierte Verschiebung der Betriebsgrößenstrukturen zeigt sich auch bei eigenen Berechnungen auf Basis des Mikrozensus. Demzufolge nahm der Anteil der Erwerbstätigen in kleinen Betrieben¹⁸ an allen Erwerbstätigen von 49,6 % im Jahr 1996 auf 51,3 % im Jahr 2000 zu. Die Frage ist, ob sich eine ähnliche Entwicklung auf der Unternehmensebene zeigt.

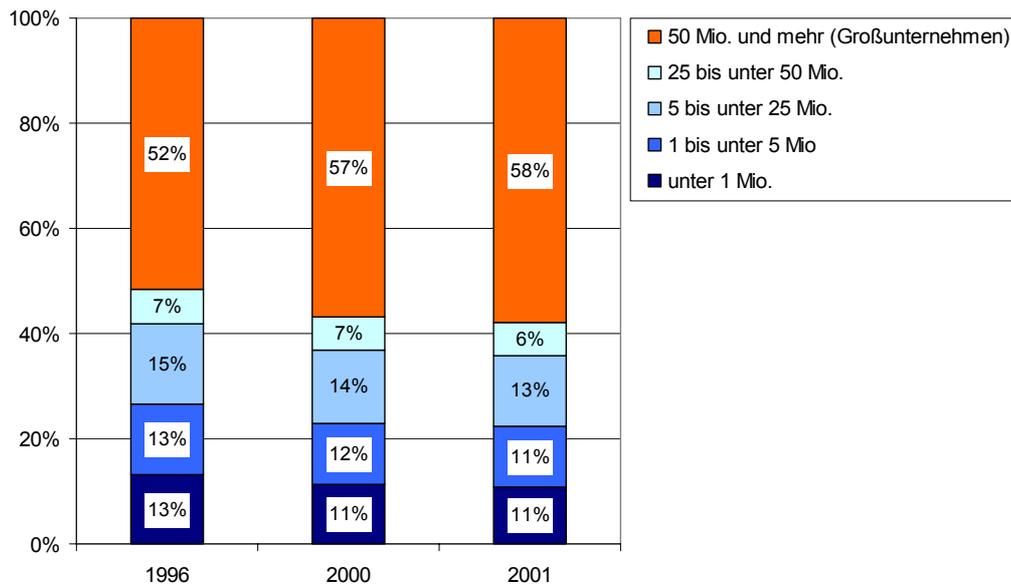
¹⁸ Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass im Mikrozensus die Abgrenzung der Betriebe nach Beschäftigungsgrößenklassen auf Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten und größere Betriebe beschränkt ist. Demzufolge kann nur der Beschäftigungsanteil kleiner Betriebe ermittelt werden.



Grafik 3.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Größenklassen

Die Berechnungen auf Basis der Umsatzsteuerstatistik zeigen ein umgekehrtes Ergebnis: So verringert sich der Anteil der KMU mit weniger als 50 Mio. EUR Umsatz am *steuerbaren Umsatz* in Deutschland von 48 % im Jahr 1996 auf 42 % im Jahr 2001 deutlich (vgl. Grafik 3.3).¹⁹

¹⁹ Ein geringer Anteil der Änderungen kann auch auf die Einführung des Euro zurückgeführt werden. Unsere Analysen der Umsatzsteuerstatistik beziehen neben der Privatwirtschaft auch öffentliche Dienstleistungen mit ein. Der Anteil der KMU ändert sich aber nur geringfügig, wenn die Analyse auf die Privatwirtschaft beschränkt wird



Quelle: Umsatzsteuerstatistik, eigene Berechnungen, alle Wirtschaftszweige inkl. Staat.

Grafik 3.3: Verteilung des Umsatzes in Deutschland nach Umsatzgrößenklassen

Von einem Anteilsrückgang der KMU am steuerbaren Umsatz darf aber nicht ohne Weiteres auf einen Rückgang des Anteils der KMU an der Beschäftigung geschlossen werden. Dazu wäre es erforderlich, dass eine sehr hohe Korrelation zwischen der Umsatz- und der Beschäftigungsentwicklung besteht. Dies lässt sich jedoch in den Mikrodaten nicht beobachten. Den Auswertungen des KfW-Mittelstandspanels zufolge beträgt der Korrelationskoeffizient zwischen dem aktuellen Umsatzwachstum und Beschäftigungswachstum nur 0,08 – ein Indiz für eine sehr schwache Korrelation auf Mikroebene.²⁰ Nach Größenklassen aggregiert, steht dem positiven Umsatzwachstum manchmal sogar eine negative Beschäftigungsentwicklung gegenüber. Auch bei europäischen KMU zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung von Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung.²¹ KMU haben zwischen 1988 und 2001 zwar ein geringeres Wachstum der realen Wertschöpfung, dafür aber ein höheres Beschäftigungswachstum als Großunternehmen. Diese gegensätzliche Entwicklung überrascht nicht. Aufgrund ihrer starken Exportorientierung haben Großunternehmen weniger unter der Flaute

²⁰ Während die hier betrachteten Kenngrößen Umsatz- und Beschäftigtenwachstum kaum miteinander korrelieren, ist der Zusammenhang zwischen den Niveaugrößen Beschäftigtenzahl und Umsatz – wie er im Abschnitt 3.3 auf Seite 85 beschrieben ist, durchaus signifikant (Pearson Korrelation; $p < 0,01$). Darum kann der Umsatz (mit einem Umrechnungsfaktor) als Näherung für die Beschäftigtenzahl verwendet werden, nicht jedoch die Umsatzentwicklung für die Beschäftigtenentwicklung.

²¹ Allerdings sollte dieses Ergebnis mit gewisser Vorsicht interpretiert werden. Die Autoren schätzen zunächst die Umsatzentwicklung und Wertschöpfung unter Zuhilfenahme makroökonomischer Nachfrageindikatoren. Anschließend wird die Beschäftigungsentwicklung auf Grundlage des geschätzten Wachstums der Wertschöpfung, des realen Lohnsatzes und einer negativen Konstanten zur Approximation des arbeitssparenden technischen Fortschritts geschätzt (KPMG et al. (2002), S. 40).

der Binnenkonjunktur gelitten als der Mittelstand. Die Vorteile der Verschlankung und Automatisierung der Produktionsprozesse konnten zudem eher von Großunternehmen als von kleinen und mittleren Unternehmen genutzt werden. So stellen große Unternehmen den gleichen oder einen höheren Output mit weniger Beschäftigten her als kleine und mittlere. Das heißt: Arbeitsplätze in KMU sind durch eine geringere Produktivität gekennzeichnet.

Es lässt sich festhalten, dass die Umsatzentwicklung nach Größenklassen im Aggregat und erst Recht auf der Mikroebene betrachtet offenbar kein guter Indikator zur Abschätzung der größenklassenspezifischen Beschäftigungsentwicklung ist. Folglich kann aus der Umsatzsteuerstatistik nicht geschlussfolgert werden, dass der Anteil der Beschäftigung in KMU zurückgegangen ist. Die in den IAB Betriebsdaten aufgezeigte größen-spezifische Entwicklung der Beschäftigung legt eine Zunahme des Beschäftigtenanteils von kleinen und mittleren Betrieben nahe. Auch wenn ein Teil dieser Veränderung das Ergebnis einer formalen Umstrukturierung darstellt, gehen wir auf Basis unserer Untersuchungen davon aus, dass auch ein nennenswerter Teil auf einen realen Bedeutungsgewinn der KMU zurückzuführen ist.

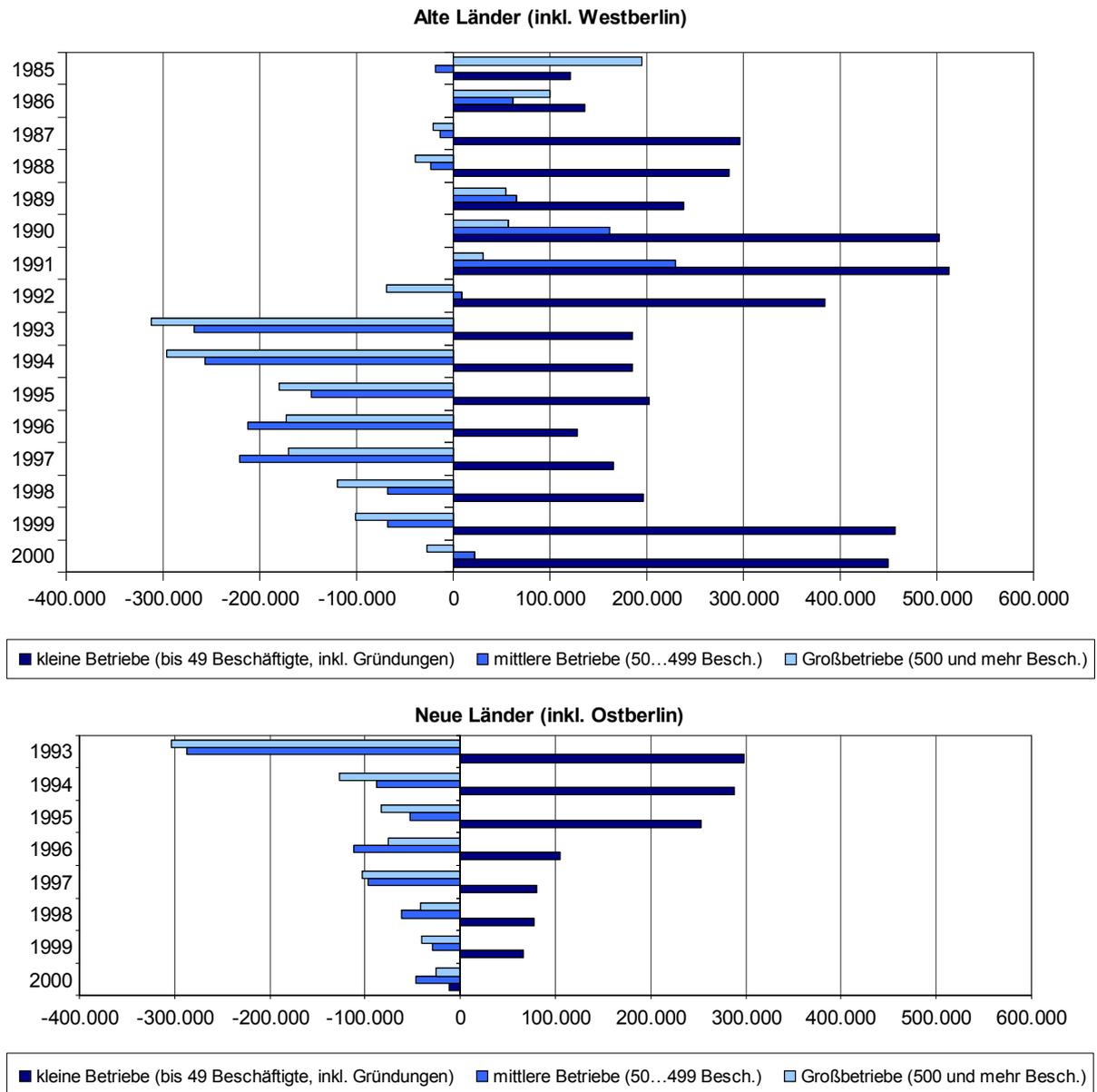
Aufbau neuer und Abbau bestehender Arbeitsplätze

Die Anteilzunahme der kleinen und mittleren Betriebe an der Beschäftigung resultiert unmittelbar aus dem Beitrag, den kleine, mittlere und große Betriebe zur Schaffung neuer und zum Abbau bestehender Arbeitsplätze leisten. Zunächst interessiert uns der Nettoeffekt, d. h. die Differenz aus beiden Komponenten.

Grafik 3.4 stellt den jährlichen Nettobeschäftigungszuwachs bzw. -verlust differenziert nach Größenklassen dar.²² Demnach sind die absoluten Nettobeschäftigungsbeiträge für mittlere und größere Betriebe deutlich negativ im Zeitraum zwischen 1993 und 1997. In den Jahren zuvor waren sie hingegen oft positiv. Kleine Betriebe verzeichneten dagegen durchweg einen Beschäftigungszuwachs. Ihr positiver Nettobeitrag ist in Folge des Vereinigungsbooms Anfang der 90er Jahre besonders hoch und übertrifft den Beitrag der Großunternehmen meist um ein Vielfaches. In den Folgejahren bauen große und mittlere Betriebe in erheblichem Umfang Arbeitsplätze ab, während kleine Betriebe weiterhin Nettozuwächse vorweisen können. Ab etwa 1993 nehmen in Westdeutschland die Beschäftigungsverluste der großen

²² Nettobeschäftigungszuwachs: Zuwachs durch Gründungen und Wachstum übersteigt Verluste durch Schrumpfung und Schließung. Nettobeschäftigungsverlust vice et versa. Als Schließung zählt jeder Betrieb, der in drei aufeinander folgenden Jahren nicht mindestens einen Beschäftigten meldet. Aus diesem Grund liegt der aktuelle Rand für Schließungen derzeit im Jahr 2000, wobei die Beschäftigtenzahl vom Jahr 1999 zugrunde gelegt wird.

Die Betriebe werden den Größenklassen nach dem Basisjahr-Konzept zugeordnet, d. h. nach ihrer Beschäftigtenzahl im Vorjahr. Da die Unternehmen jedes Jahr neu einer Größenklassen zugeordnet.



Quelle: Sonderauswertung aus der IAB Betriebsdatei, eigene Berechnungen.

Grafik 3.4: Differenz aus neuen und abgebauten Arbeitsplätzen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

und mittleren Betriebe wieder ab, und die Zuwächse der kleinen Betriebe nehmen ab 1996 wieder zu. Letztere erreichen in den Jahren 1999 und 2000 fast die „Rekordmarken“ des Vereinigungsbooms.

In den neuen Ländern beobachten wir bei kleinen Betrieben erstmals im Jahr 2000 einen Nettobeschäftigungsverlust, während große und mittlere Betriebe jedes Jahr Beschäftigung abbauen. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass es ausschließlich kleine Betriebe waren, die nach dem Ende des Vereinigungsbooms netto zu mehr Beschäftigung beitrugen. Große aber auch mittlere Betriebe bauten hingegen netto Beschäftigung ab.

Box 3.3 Methodische Anmerkung zur Bestimmung der Zahl neuer und abgebauter Arbeitsplätze

Die Indikatoren für neu geschaffene und abgebaute Arbeitsplätze sollten im Idealfall nur solche Fälle umfassen, bei denen sich der betriebliche Faktoreinsatz von Arbeit und Kapital tatsächlich verändert hat, d. h. bei denen eine rein organisatorische Veränderung wie die Verlagerung oder Auslagerung von Tätigkeiten nicht vorliegt. Großunternehmen waren und sind teilweise immer noch bestrebt, bestimmte Geschäftsbereiche zu verselbständigen, um die Vorteile kleiner, dezentraler Einheiten zu nutzen. Die entstehenden Tochtergesellschaften, Zulieferunternehmen und Niederlassungen von Großunternehmen stellen auf der einen Seite einen Zugang als „Neuer Betrieb“ im Datensatz dar. Auf der anderen Seite verringert sich im selben Jahr die Beschäftigung in dem Betrieb, der von dieser Ver- und Auslagerung betroffen war. Im Extremfall reduziert sich die Beschäftigung auf Null und der ursprüngliche Betrieb wird als geschlossen markiert.

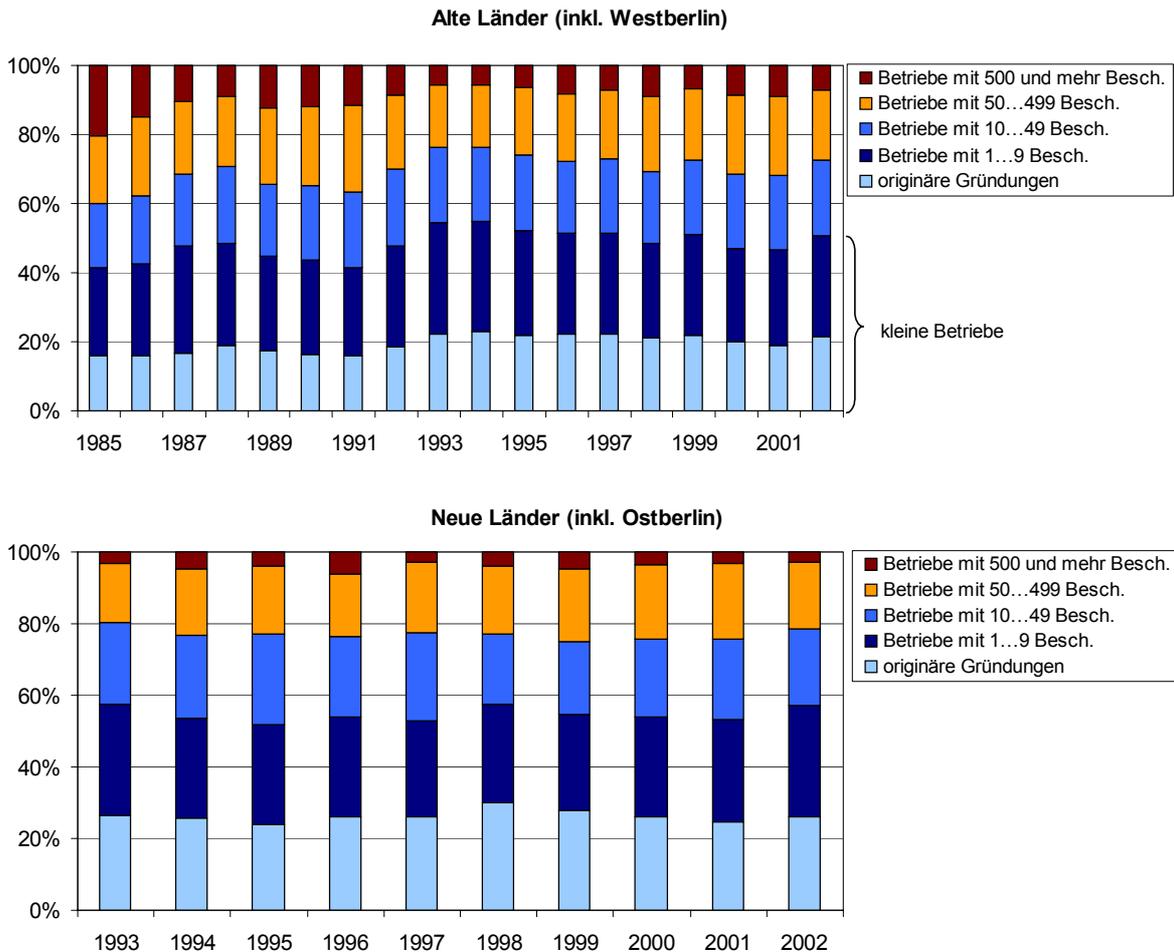
Eine Information darüber, wie viele der neu geschaffenen und abgebauten Arbeitsplätze auf reine Umstrukturierungsmaßnahmen zurückzuführen sind, liegt leider nicht vor. Da solche Betriebe in der Regel vergleichsweise groß sind, bietet sich als Näherungslösung eine Abgrenzung nach dem Beschäftigungskriterium zum Zeitpunkt des erstmaligen Auftauchens einer neuen Betriebsnummer an. Für Betriebe mit 20 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird daher angenommen, dass diese mit hoher Wahrscheinlichkeit in Folge einer Umstrukturierung entstanden sind. Die von diesen Betrieben gemeldete Zahl von Beschäftigten wird für die Ermittlung der Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze daher nicht berücksichtigt. Da diese Zahl aber bereits als Abbau von Arbeitsplätzen verbucht worden ist, muss die Zahl abgebauter Arbeitsplätze noch entsprechend korrigiert werden.

Informationen über die größenspezifische „Betroffenheit“ von Umstrukturierungen liegen nicht vor. Als nächst beste Lösung verbleibt daher der proportionale Abzug. So wird die Zahl der abgebauten Arbeitsplätze in jeder Branche und Größenklasse genau um die Zahl reduziert, die sich aus der Multiplikation des jeweiligen Anteils an allen abgebauten Arbeitsplätzen mit der Zahl von Beschäftigten in neuen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten ergibt. Die tatsächliche Zahl neuer bzw. abgebauter Arbeitsplätze, welche rein organisatorische Umstrukturierungen ausklammert, dürfte auf diese Weise wesentlich genauer ermittelt werden.

Gründungen und kleine Betriebe schaffen über zwei Drittel der neuen Arbeitsplätze

Die alleinige Betrachtung des Nettoeffekts erlaubt noch keine Aussage über das Zustandekommen des abnehmenden Beschäftigungsbeitrags der mittleren und großen Betriebe. Die Entwicklung kann zum einen auf einen stärkeren Abbau bestehender Arbeitsplätze, zum anderen auf einen schwächeren Aufbau neuer Arbeitsplätze in diesen Betrieben zurückzuführen sein. Die Grafiken 3.5 bis 3.8 legen nahe, dass beide Aussagen zutreffen.

Grafik 3.5 stellt die Verteilung der neuen Arbeitsplätze auf die Größenklassen dar. Zum besseren Verständnis der Anteilsverschiebung ist zusätzlich in Grafik 3.6 die Entwicklung der absoluten Zahl neuer Arbeitsplätze für jede Größenklasse angegeben. Entfallen auf kleine Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten im Jahr 1985 nur 60 % aller neuen Arbeitsplätze in den alten Bundesländern, so wurde 1994 der Spitzenwert mit einem Anteil von 76 % erzielt (siehe Grafik 3.5). Aufgrund der danach zunehmenden Anzahl neuer Arbeitsplätze in mittleren und großen Betrieben nimmt der Beschäftigtenanteil kleinerer Betriebe jedoch wieder etwas ab und erreicht 2001 einen Wert von 68 %. Ein Jahr später steigt er – möglicherweise konjunkturell bedingt – jedoch wieder auf 73 %.

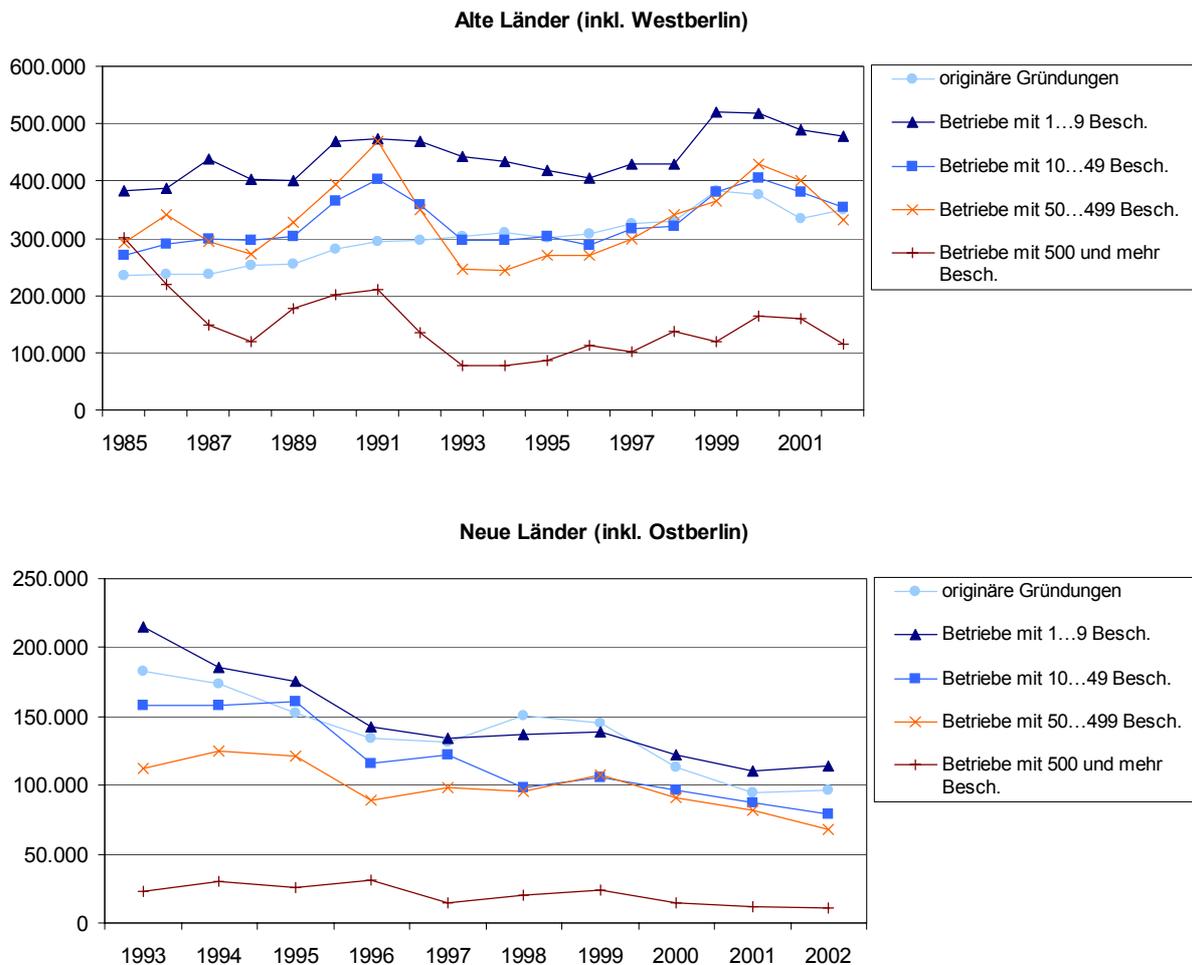


Quelle: Sonderauswertung aus der IAB Betriebsdatei, eigene Berechnungen

Grafik 3.5: Verteilung neuer Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Gründungen und wachsende Betriebe

Kleineren Betrieben kommt also offenbar in Rezessionsphasen eine zentrale Bedeutung als Puffer für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu. Der Rückgang in der Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze in 1992/93 und 2002 fällt nämlich in den mittleren und großen Betrieben sehr viel stärker aus als in den kleinen Betrieben.²³ Die Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze

²³ Es sei darauf hingewiesen, dass der Nettobeschäftigungseffekt der kleinen Betriebe in den betrachteten Rezessionsphasen auch abgenommen hat. Gleichwohl bleibt er positiv.



Quelle: Sonderauswertung aus der IAB Betriebsdatei, eigene Berechnungen

Grafik 3.6: Entwicklung der absoluten Zahl neuer, sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze aufgrund von Gründung und Wachstum

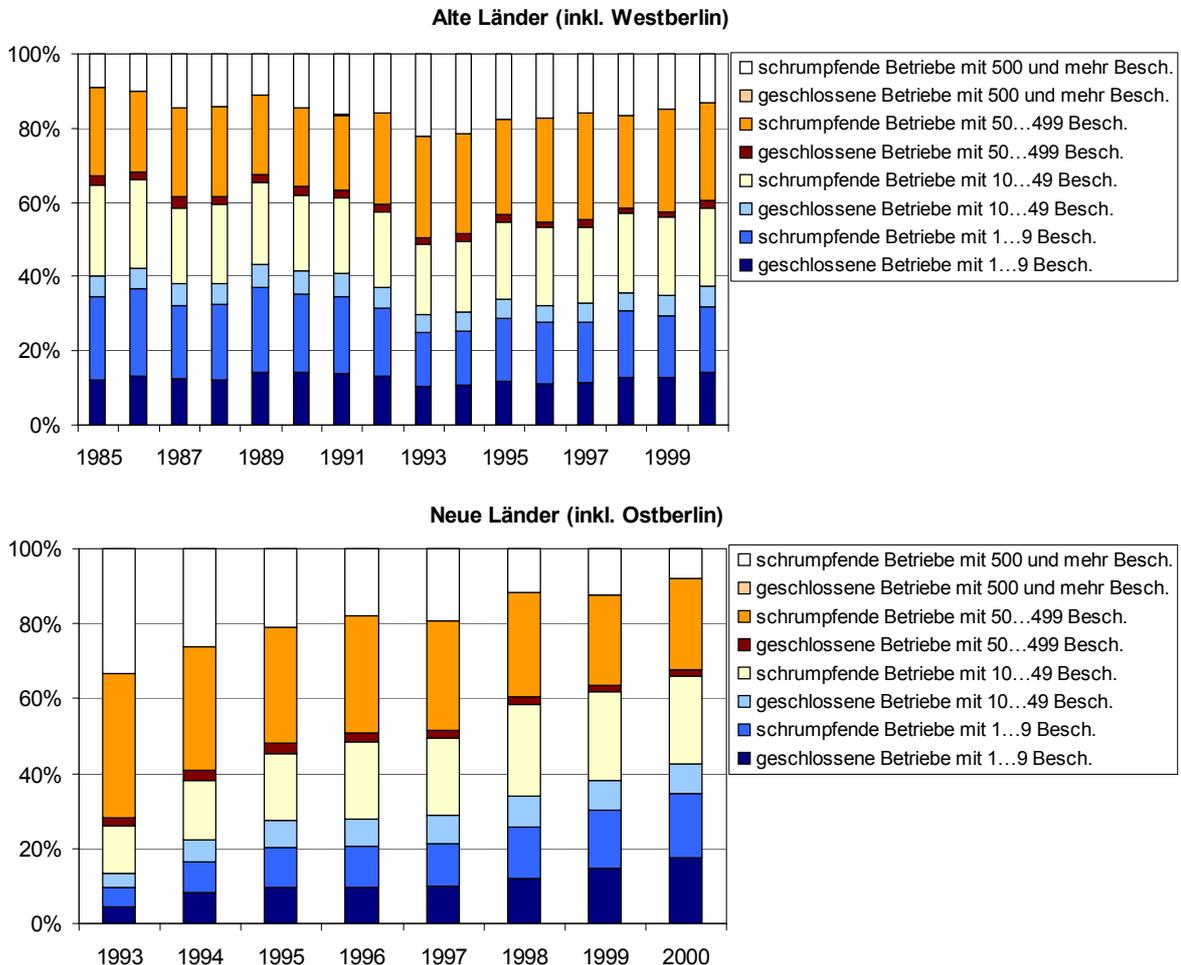
durch originäre Gründungen nehmen sogar zu (Grafik 3.6). Der Abwärtstrend, der bei den kleinen Betrieben und den Gründungen im Jahr 2002 abgebremst bzw. gestoppt zu sein scheint, hat dort allerdings früher (bereits 1999) begonnen. Mittlere und große Betriebe hingegen konnten noch bis 2000 Arbeitsplätze aufbauen (Grafik 3.6).

In den neuen Ländern sind zum Teil zwar deutliche Verschiebungen innerhalb der Gruppe der KMB auszumachen, der Anteil der KMB insgesamt an allen neuen Arbeitsplätzen verändert sich jedoch nur wenig und beträgt im Jahr 2002 79 %.

Ein besonderes Augenmerk richtet sich auf die Beschäftigungsbeiträge der originären Gründungen²⁴. Sowohl gemessen an der absoluten Zahl neuer Arbeitsplätze als auch am Anteil an allen neuen Arbeitsplätzen hat die Bedeutung von Betriebsgründungen im Beobach-

²⁴ Originäre Gründung: Erstmalige Errichtung einer neuen betrieblichen Faktorkombination.

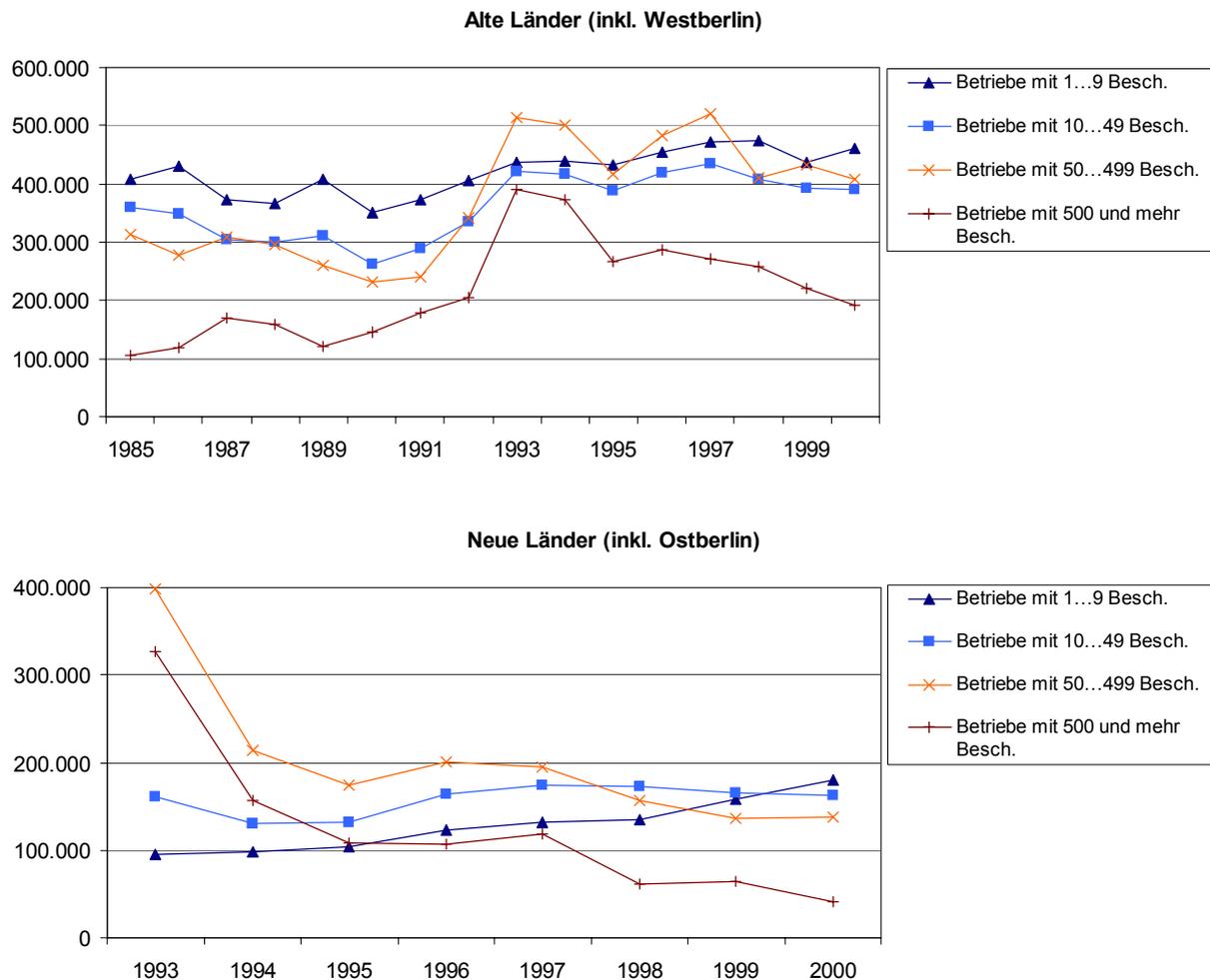
tungszeitraum zugenommen (Grafik 3.5 und 3.6). So stieg die Zahl neuer Arbeitsplätze in westdeutschen Gründungen von unter 240.000 (ca. 16 % aller neuen Arbeitsplätze) Mitte der 80er Jahre auf über 300.000 seit Mitte der 90er. Damit schaffen Gründungen 19 % bis 22 % aller neuen Arbeitsplätze.



Quelle: Sonderauswertung aus der IAB Betriebsdatei, eigene Berechnungen.

Grafik 3.7: Verteilung abgebauter Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Betriebsschließungen und schrumpfende Betriebe

Umgekehrt hat sich der Anteil kleiner Betriebe an den abgebauten Arbeitsplätzen im Westen von 65 % im Jahr 1985 auf knapp 49 % im Jahr 1993 verringert (Grafik 3.7). Verantwortlich hierfür sind insbesondere die in den Jahren 1987 sowie 1992/93 zu beobachtenden massiven Beschäftigungsrückgänge bei den mittleren und großen Betrieben (Grafik 3. 8). Absolut gesehen nahm die Zahl abgebauter Arbeitsplätze bei den kleineren Betrieben zwar zu, aber nicht so deutlich wie in den anderen Größenklassen. Seit 1997 bauen mittlere und große Betrieben wieder weniger Arbeitsplätze ab. Diese Entwicklung und die Zunahme bei der Zahl neu geschaffener Arbeitsplätze bis 2000 deuten auf einen positiven Beitrag mittlerer und großer Betriebe bei günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen hin. Ab 2000 ging die Zahl neuer Arbeitsplätze in KMB wiederum zurück (vgl. Grafiken 3.5 und 3.6). Im Osten da



Quelle: Sonderauswertung aus der IAB Betriebsdatei, eigene Berechnungen

Grafik 3.8: Entwicklung der absoluten Zahl abgebauter Arbeitsplätze von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

gegen ist ein seit 1993 kontinuierlich zunehmendes Sterben der kleinen Betriebe zu beobachten. Deren Anteil an den abgebauten Arbeitsplätzen erhöhte sich am aktuellen Rand (1999 und 2000) beträchtlich (vgl. Grafik 3.7). Der Grund hierfür liegt möglicherweise im Ausscheiden vieler zwischen 1990 und 1993 gegründeten Unternehmen; denn gerade im kritischen sechsten und siebten Jahr ist die durchschnittliche Scheiterwahrscheinlichkeit besonders hoch.²⁵

Zwischenfazit

Bisher existiert keine Datenquelle, die eine exakte Bestimmung des Beitrags von kleinen und mittleren Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zulässt. Die IAB Betriebsdatei und die Umsatzsteuerstatistik sind noch am ehesten geeignet, sich diesem zu nähern. Gleich-

²⁵ Prantl (2003).

wohl weisen beide Datensätze Defizite auf, die wir in Abschnitt 3.2 erläutern. Der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in kleinen und mittleren **Betrieben** mit weniger als 500 Beschäftigten stieg zwischen 1991 und 2002 in Westdeutschland von 72 % auf 77 % und in Ostdeutschland von unter 60 % auf 86 %. Unsere weiteren Analysen legen nahe, dass zwischen 60 % bis 74 % der Erwerbstätigen in **Unternehmen** mit weniger als 500 Beschäftigten arbeiten. Der Anteil ist deutlich geringer, wenn die KMU-Definition der EU zu Grunde gelegt wird.

Die Anteilsveränderung im Zeitverlauf belegt einen Trend hin zu einer Dezentralisierung der Beschäftigung. Größere aber auch mittlere Betriebe bauten netto zwischen 1993 und 2000 Beschäftigung ab. Während Gründungen und Kleinbetriebe (unter 50 Beschäftigten) in diesem Zeitraum überwiegend zum Aufbau neuer Beschäftigung beitrugen, waren die Kleinbetriebe am Abbau nur zu einem geringeren Anteil beteiligt. Daher stellten Gründungen und kleine Betriebe in dieser Zeit netto zusätzliche Arbeitsplätze bereit.

Ein Teil der Anteilsveränderung ist allerdings Ergebnis einer Aufspaltung großer Betriebe in kleinere Betriebseinheiten und stellt damit folglich keinen Bedeutungsgewinn von KMU dar. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass die Zahl der KMU in den 90er Jahren zunahm und diese ein höheres Beschäftigungswachstum hatten als Großunternehmen. Folglich nahm der Beschäftigungsanteil der KMU in den 90er Jahren tatsächlich zu.

3.4 Mittelfristiger Beschäftigungsbeitrag von Gründungen

Die Zahl der Beschäftigten eines Gründungsjahrgangs (sog. Gründungskohorten) kann sich gerade in den ersten Jahren nach der Gründung stark verändern. Viele Gründungen scheitern bereits nach kurzer Zeit aus, während andere Beschäftigung aufbauen. Nachdem wir in Abschnitt 3.3 den Beschäftigungsbeitrag neuer Betriebe zum Gründungszeitpunkt dargestellt haben, wollen wir im folgenden Abschnitt die mittelfristige Beschäftigungsentwicklung von Neugründungen untersuchen. Als Datenbasis verwenden wir hierfür die Angaben der ZEW-Gründerstudie.²⁶

Grafik 3.9 zeigt den Verlauf der Anteile der Beschäftigten der vier untersuchten Gründungskohorten (1990 - 1993) an allen Erwerbstätigen. Der Untersuchungszeitraum reicht bis 1999. Betrachtet man zunächst die Entwicklung jeder Kohorte für sich, so wird deutlich, dass die Anteile, die auf die jeweiligen Kohorten entfallen, im Zeitverlauf kurzfristig zunehmen, mittel-

²⁶ Nach der Hochrechnung auf die Grundgesamtheit des ZEW-Gründungspanels eignen sich die Daten der Gründerstudie als Grundlage für gesamtwirtschaftliche Aussagen. Die ermittelte Zahl der Beschäftigten (inkl. der Gründer) in neuen bzw. jungen Unternehmen wird in Relation zur Zahl der Erwerbstätigen insgesamt gesetzt.

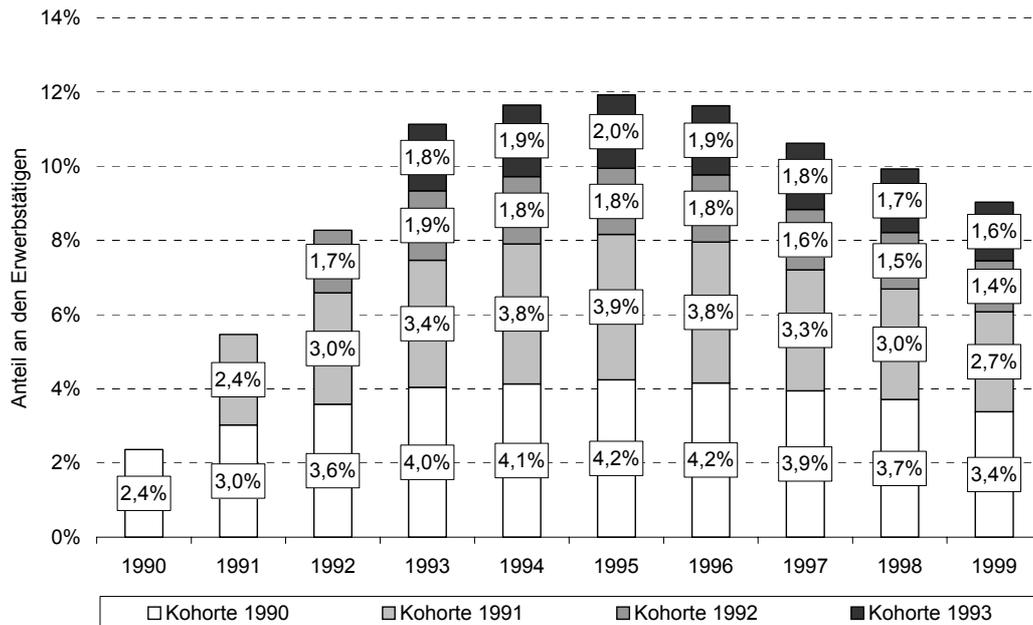
fristig aber wieder sinken. Der Beitrag einer Gründungskohorte zur Gesamterwerbstätigkeit folgt somit idealtypisch dem Verlauf eines inversen „U“: Die Kurve steigt stark an, fällt dann aber wieder auf oder sogar unter das Ausgangsniveau zurück. Dies bedeutet, dass die Erwerbstätigkeit innerhalb einer Kohorte zunächst zunimmt, also der Arbeitsplatzaufbau durch stark wachsende Unternehmen den Arbeitsplatzabbau schrumpfender und aus dem Markt ausscheidender Unternehmen übersteigt. Anschließend schwächt sich das Wachstum der prosperierenden Unternehmen jedoch ab; der Arbeitsplatzaufbau wird dann durch die Arbeitsplatzverluste schrumpfender Unternehmen und durch das in späteren Phasen verstärkte Ausscheiden von Unternehmen überkompensiert, wodurch die Kohortenbeschäftigung wieder zurückgeht. Dieser Prozess ist z. B. im Endverlauf der Kohorte 1990 gut sichtbar. In den letzten drei Jahren der Betrachtung ist ein Rückgang des Anteils zu beobachten.²⁷

Die Grafik verdeutlicht auch, dass nicht wenige Erwerbstätige in jungen Unternehmen beschäftigt sind. Zählt man alle maximal vier Jahre alten Unternehmen zur Gruppe junger Unternehmen, sind das im Jahr 1993 immerhin 11 % aller Erwerbstätigen. Dieser Anteil dürfte für junge Unternehmen zum Ende der 90er Jahre allerdings etwas geringer sein. Zwar gab es auch zwischen 1996 und 1998 eine Gründungswelle. Hinsichtlich ihres Ausmaßes ist sie jedoch nicht annähernd so groß wie zu Beginn der 90er Jahre.

Insbesondere die Anteile der Kohorten 1990 und 1991 sind deutlich höher als in normalen Zeiten zu erwarten wäre. Sie haben ihren Ursprung darin, dass die Jahre 1990 und 1991 durch eine Sonderkonjunktur geprägt waren, die durch die deutsche Wiedervereinigung initiiert wurde. Durch das quasi „Nicht-Bestehen“ eines wettbewerbsfähigen Unternehmensbestandes in den neuen Bundesländern kurz nach der Wiedervereinigung ergab sich ein so genanntes Start-up Window, d. h. es boten sich eine Vielzahl von Chancen unternehmerisch aktiv zu werden. Die Gründungen in diesen Jahren hatten zudem beste Wachstumsvoraussetzungen. Letzteres manifestiert sich im ausgesprochen hohen Anteil an den Erwerbstätigen selbst viele Jahre nach dem Gründungszeitpunkt. Die geringeren Anteile der Kohorten 1992 und 1993 sind daher nicht verwunderlich. Sie sind darüber hinaus vermutlich auch darauf zurückzuführen, dass in diesen Gründungsjahren die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen – wie z. B. das BIP-Wachstum – schlechter waren als in den Jahren zuvor. Die in den Jahren der Gründung vorherrschenden Bedingungen üben direkt Einfluss auf die spätere Entwicklung der gegründeten Unternehmen aus.²⁸ Der inverse-U-Verlauf ist von solchen Sonderkonditionen grundsätzlich unbeeinflusst und kann als allgemeingültig angenommen

²⁷ Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen z. B. Grotz und Brix (2002) und Kay (2003)

²⁸ Geroski et al. (2002) beziffern die Zeitdauer, nach welcher die Gründungsbedingungen an Einfluss auf die Überlebenswahrscheinlichkeit verlieren, auf über zehn Jahre.



Die (auf Basis des ZEW-Gründerpanels hochgerechnete) jährliche Gesamtbeschäftigung der Kohorten wurde jeweils auf die gesamten Erwerbstätigen bezogen. Die Erwerbstätigen der – in der ZEW-Gründerstudie – nicht betrachteten Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, Staat, Exterritoriale) wurden dementsprechend nicht berücksichtigt.

Quelle: ZEW-Gründerstudie.

Grafik 3.9: Anteile der Gründungskohorten 1990 bis 1993 an den Erwerbstätigen im Zeitraum bis 1999

werden. Eine Kohorte leistet demnach einen mittelfristigen direkten Beschäftigungsbeitrag etwa in Höhe ihrer Gründungsbeschäftigung.²⁹ Fritsch und Müller (2004) zeigen darüber hinaus, dass auch der Nettoeffekt von Gründungen positiv ist. Die Beschäftigungseffekte im neuen Unternehmen sowie die positiven Impulse für andere Unternehmen übersteigen die negativen Effekte der Verdrängung etablierter Wettbewerber. So zeigt sich, dass die regionale Beschäftigungsentwicklung positiv durch die Zahl der Gründungen vor fünf bis zehn Jahren beeinflusst wird.

²⁹ Zu einem vergleichbaren Ergebnis kommt auch Wagner (1999). Kay (2003) fand, dass der direkte Beschäftigungsbeitrag einer Kohorte bereits nach vier bis fünf Jahren die Höhe der Gründungsbeschäftigung unterschreitet. Die Unterschiede in den Ergebnissen können auf unterschiedliche Kohorteneffekte zurückgeführt werden.

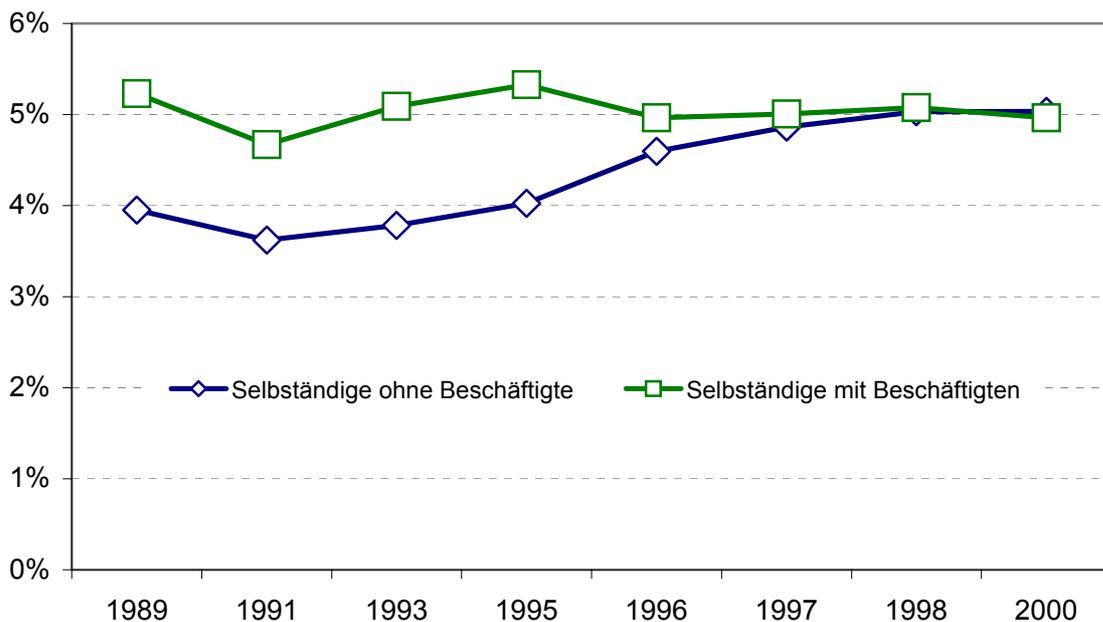
3.5 Beschäftigungsbeitrag von Selbständigen

Eng verwoben mit dem Thema KMU ist die Rolle der Selbständigen als wirtschaftliche Akteure, an die sich hohe beschäftigungspolitische Erwartungen richten. Aussagen zur Selbständigkeit sind am ehesten mit den Daten des Mikrozensus (Box 3.1) möglich. In den IAB-Daten werden Betriebe von Selbständigen nur dann berücksichtigt, wenn mindestens eine Person als sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldet ist. Werden diese Personen entlassen, wird der Betrieb nach gewisser Zeit als Betriebsschließung markiert, obwohl die selbständige Person möglicherweise weiterhin ihrer selbständigen Tätigkeit nachgeht. Tatsächlich zeigen die Daten des Mikrozensus, dass jede zweite selbständige Person keine weiteren Beschäftigten einstellt. Von den rund zehn Prozent der selbständigen Erwerbstätigen sind also die Hälfte Solo-Selbständige.

Zur Zahl der Selbständigen insgesamt gibt es uneinheitliche Angaben. Das Statistische Bundesamt ermittelt auf Basis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einen Anteil von 10,34 % der Erwerbstätigen (2000: 4,001 Mio. Selbständige von 38,681 Mio. Erwerbstätigen) Der Mikrozensus – ebenfalls vom Statistischen Bundesamt – geht von nur 3,641 Mio. Selbständigen im Jahr 2000 aus. Die zu Grunde liegende Grundgesamtheit aller Erwerbstätigen beträgt hier 36,604 Mio. (Selbständigenanteil: 9,95 %).

Der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen hat von 1991 bis zum Jahr 2000³⁰ um 1,7 Prozentpunkte zugenommen (vgl. Grafik 3.10). Die Daten des Mikrozensus belegen einen anhaltenden Anstieg des Anteils der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Die Anteile der westdeutschen Selbständigen stiegen von 9,4 % im Jahr 1991 auf 10,3% im Jahr 2000. Dieser Zuwachs geht nahezu ausschließlich auf einen Zuwachs der Solo-Selbständigen zurück. Mit der zunehmenden Bedeutung der Solo-Selbständigen geht folglich eine Abnahme der Beschäftigungseffekte durch Selbständige in den letzten Jahren einher. Neben der kontinuierlichen Zunahme des Anteils der Solo-Selbständigen haben die Selbständigen mit Beschäftigten nach einem Einbruch Mitte der 90er wieder aufgeholt. Ihre Quote wächst seitdem stetig. In Ostdeutschland nimmt dagegen die Quote der Solo-Selbständigen wie die der Selbständigen mit Beschäftigten gleichermaßen zu. Insgesamt stieg der Selbständigenanteil Ost von 5,1% (1991) auf 9,0% (2000) Die Differenz der Selbständigenanteile zwischen Ost und West hat sich durch die starke Zunahme im Osten deutlich verringert. Sie beträgt 2000 nur noch 1 Prozentpunkt gegenüber 4,2 Prozentpunkten in 1991.

³⁰ Die aktuellsten verfügbaren Daten des Mikrozensus stammen aus dem Jahr 2000.



Quelle: Mikrozensus (versch. Jahre), 70 % Stichprobe des RWI.

Grafik 3.10: Anteile von Selbständigen mit und ohne Beschäftigten an allen Erwerbstätigen in Deutschland (in %)

Nebenerwerbsgründungen gewannen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Die Zahl der Gründungen im Nebenerwerb erreicht laut KfW-Gründungsmonitor 2002 etwa 60 % aller Gründungen.³¹ Diese Unternehmen kennzeichnet unter anderem, dass seltener Arbeitsplätze für weitere Personen geschaffen werden.³² Während unter den Selbständigen im Haupterwerb jeder zweite weitere Arbeitsplätze schafft, ist dies bei Nebenerwerbsselbständigen nur jeder siebte.³³

3.6 Fazit

In der öffentlichen Diskussion zu Wachstum und Beschäftigung richten sich viele Hoffnungen auf KMU. Ziel des vorliegenden Beitrags ist die Überprüfung der Bedeutung von KMU für die Beschäftigung in Deutschland. Dazu werden im Folgenden KMU als Unternehmen verstanden, die weniger als 500 Beschäftigte haben. Neben der umfassenden Auswertung des verfügbaren Datenmaterials gilt unser Augenmerk auch der Diskussion der begrenzten Aussagekraft einer jeden Datenquelle.

³¹ Lehnert (2002), vgl. Kapitel 2 des Mittelstandsmonitors 2004.

³² Nach einer Studie des IfM Bonn (Kay u.a. 2001) waren in knapp drei Viertel der Betriebe, die im Nebenerwerb begannen, ausschließlich Inhaber und mithelfende Familienangehörige tätig.

³³ Piorkowsky (2001).

Die verfügbaren Makrodaten sind zur Bestimmung des Beschäftigungsbeitrages von KMU nur begrenzt geeignet. Umfassende und differenzierte Daten zur Beschäftigungsentwicklung liegen nur auf Betriebsebene und nur für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vor. Verfügbare Unternehmensdaten lassen dagegen keine Analyse der Beschäftigungsentwicklung aller KMU zu. Gerade große Unternehmen können aus mehreren Betrieben bestehen, so dass eine Analyse auf Betriebsebene die Beschäftigungsanteile großer Unternehmen unterschätzt. Auf der anderen Seite werden geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und selbständige Erwerbstätige in den Betriebsdaten des IAB nicht erfasst. Da diese Formen der Erwerbstätigkeit vor allem in KMU zu finden sind, werden deren Anteile unterschätzt. Schließlich erfassen die amtlichen Statistiken nicht, in wie weit ein Unternehmen in einen Unternehmensverbund (z. B. Konzern) eingebunden ist. Damit ist nicht sicher gestellt, ob es sich bei den beobachteten Einheiten tatsächlich um KMU handelt oder ob diese – zu einem Verbund gehörend – den Großunternehmen zuzurechnen sind. In Folge dieser Daten-Defizite sind alle Aussagen zu Beschäftigungsanteilen kleiner und mittlerer Unternehmen mit großen Unsicherheiten behaftet.

Um sich trotz der beschriebenen Defizite dem Beschäftigungsbeitrag von KMU bestmöglich zu nähern, wurden im vorliegenden Beitrag originäre Auswertungen aus verschiedenen Sekundärdatenquellen (Umsatzsteuerstatistik, Mikrozensus, IAB Betriebsdatei) und Auswertungen aus den Datenquellen der beteiligten Partner (KfW-Mittelstandspanel, ZEW-Gründerstudie) vorgenommen. Die Analyse der Betriebsdaten zeigt, dass 79 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in einem mittelständischen Betrieb arbeiten. In den zurückliegenden 15 bis 20 Jahren zeigen die Betriebsdaten einen deutlichen Trend hin zu einer Zunahme der Beschäftigung in kleinen und mittleren *Betrieben* (KMB) und damit einen Trend zur Dezentralisierung der Beschäftigung. Der Anteil kleiner und mittlerer Betriebe an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg zwischen 1991 und 2002 in Westdeutschland von 72 % auf 77 % und in Ostdeutschland von unter 60 % auf 86 %.

Betriebs- ist aber nicht gleich Unternehmensebene. Unsere Analysen legen nahe, dass der tatsächliche Beschäftigungsanteil der KMU mit weniger als 500 Beschäftigten im Bereich zwischen 60 % bis 74 % einzuordnen ist. Sofern zusätzlich eine Eigenständigkeit der KMU vorausgesetzt wird, fällt der Beschäftigungsanteil der KMU noch geringer aus.

Neue Arbeitsplätze werden überwiegend von Gründungen und Kleinbetrieben (mit weniger als 50 Beschäftigten) geschaffen. Im Jahr 1985 waren es im Bundesgebiet West „nur“ 60 % aller neuen Arbeitsplätze. Neun Jahre später wurde ein Spitzenwert von 77 % erzielt. Am aktuellen Rand schaffen westdeutsche Gründungen und Kleinbetriebe 73 % der neuen Arbeitsplätze. Weitere 20 % der neuen Arbeitsplätze finden sich in mittleren Betrieben. In der Summe stellt der Mittelstand in Westdeutschland also 93 % der neuen Arbeitsplätze bereit.

In Ostdeutschland schaffen mittelständische Betriebe 97 % der neuen Arbeitsplätze. Gründungen und Kleinbetriebe schaffen hier allein 79 %.

Tabelle 3.2: Zusammenfassung der Ergebnisse

	Status Quo [%]	Veränderung [Prozentpunkte]	
		92 - 02	97 - 02
Beschäftigtenanteil in KMB -West 2002	76,7	4,8	0,8
Beschäftigtenanteil in KMB -Ost 2002	85,9	14,7	-0,2
Anteil KMB an neuen Arbeitsplätzen -West 2002	93,0	1,4	-0,1
Anteil KMB an neuen Arbeitsplätzen -Ost 2002	97,0	2,2	0,0
		92 - 00	97 - 00
Anteil KMB an abgebauten Arbeitsplätzen -West 2000	86,8	2,7	2,9
Anteil KMB an abgebauten Arbeitsplätzen -Ost 2000	92,2	44,7	11,3
		91 - 00	97 - 00
Anteil Selbständiger an der Zahl der Erwerbstätigen -West 2000	10,2	0,9	-0,1
Anteil Selbständiger an der Zahl der Erwerbstätigen -Ost 2000	9,0	3,9	1,7
Anteil Solo-Selbständiger an der Zahl der Erwerbstätigen -West 2000	5,2	1,1	0,1
Anteil Solo-Selbständiger an der Zahl der Erwerbstätigen -Ost 2000	4,5	2,1	0,4

Für den Arbeitsplatzabbau sind KMB dagegen zu einem etwas geringeren Teil verantwortlich. In Westdeutschland geht der Arbeitsplatzabbau zu 87 % auf das Konto der mittelständischen Betriebe. In Ostdeutschland sind es 92 % der abgebauten Arbeitsplätze. Auf Basis des Nettobeschäftigungsbeitrags, d. h. der Differenz aus neu geschaffenen und abgebauten Arbeitsplätzen, stellen zwischen 1993 und 2000 einzig kleine Betriebe netto mehr Arbeitsplätze bereit. Bei den größeren aber auch den mittleren Betrieben übersteigen die Verluste aus Schließung und Schrumpfung deutlich die Arbeitsplatzgewinne durch wachsende Betriebe.

Gründungen schaffen nicht nur zum Gründungszeitpunkt neue Arbeitsplätze, sie haben auch einen nachhaltig positiven Beschäftigungseffekt. Neuere Untersuchungen belegen, dass auch Jahre nach der Gründung positive Impulse für die Beschäftigungsentwicklung zu beobachten sind.

Neben der wachsenden Bedeutung der KMU für die Beschäftigung in Deutschland konnten wir als weiteren wichtigen Trend in den 90er Jahren eine deutliche Zunahme des Anteils selbständiger Erwerbstätiger beobachten. Im Jahr 2002 erreichte der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen mit einem Wert von 10 % einen neuen Höhepunkt. Insbesondere Solo-Selbständige ohne weitere Beschäftigte treiben diesen Zuwachs voran. Ihre Quote wächst zwischen 1989 und 2000 von unter vier auf fünf Prozent aller Erwerbstätigen. Damit stellen die Solo-Selbständigen in Deutschland heute die Hälfte aller Selbständigen. Berücksichtigt man darüber hinaus auch Selbständige im Nebenerwerb, so dürfte die Selbständi-

genzahl und insbesondere die der Solo-Selbständigen noch deutlich darüber liegen. Drei von fünf Gründungen finden heute im Nebenerwerb statt.

Unsere Analysen untermauern die aktuell hohe Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen für den Arbeitsmarkt in Deutschland. Vieles spricht dafür, dass KMU auch in den nächsten Jahren einen hohen Beschäftigungsbeitrag leisten. So setzt sich der Technologie getriebene Strukturwandel zur wissensbasierten Gesellschaft fort, der als ein wesentlicher Motor für die positive Entwicklung der KMU in den vergangenen zehn Jahren angesehen werden kann. Ebenso hält der Strukturwandel zur dienstleistungsorientierten Wirtschaft an. Auch diese Entwicklung wird die Bedeutung der KMU weiterhin festigen.

Literatur zu Kapitel 3

- Acs, Z. J. und Audretsch, D. B., (1993), *Small Firms and Entrepreneurship: An East-West Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Agarwal, R. und D. B. Audretsch (2001), *Does Entry Size Matter? The Impact of Life Cycle and Technology on Firm Survival*, *Journal of Industrial Economics* 49 (1), pp. 21-43.
- Audretsch, D. B. (1995), *Innovation and Industry Evolution*, Cambridge, MA.
- Audretsch, D. B. (2002), *Entrepreneurship: A Survey of the Literature*, European Commission, Enterprise Directorate General.
- Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht Oktober 2003: Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland*.
- Dhawan, R. (2001), *Firm Size and Productivity Differential: Theory and Evidence from a Panel of US Firms*; *Journal of Economic Behavior and Organization*, March 2001, v. 44, iss. 3, pp. 269-93
- Döhrn, R. und N. A. Radmacher-Nottelmann (2000), *A Database on the Globalization of German Manufacturing Companies: Conception and some Results*, RWI-Papiere Nr. 69, Essen.
- EU-Kommission (2003), *EMPFEHLUNG DER KOMMISSION vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen*, Amtsblatt der EU, 2003/361/EG, L124/36-41, Brüssel.
- Feuerstack, R. (2001), *Unternehmensgruppen in der amtlichen deutschen Wirtschaftsstatistik*, ifo Schnelldienst, Nr. 15, S. 6-16.
- Fritsch, M. und P. Mueller (2004), *The Effects of New Firm Formation on Regional Development over Time*, Working Paper, Freiberg.
- Fritsch, M., R. Grotz, U. Brix, M. Niese und A. Otto (2002), *Zusammenfassender Vergleich der Datenquellen zum Gründungsgeschehen in Deutschland*, in: Fritsch, M. und R. Grotz (Hrsg.), *Das Gründungsgeschehen in Deutschland*, Physica, S. 199-214.
- Fuchs, J. und D. Söhnlein (2003), *Lassen sich die Erwerbsquoten des Mikrozensus korrigieren? Erwerbstätigenrevision des Statistischen Bundesamtes: Neue Basis für die IAB Potenzialschätzung und Stille Reserve*, IAB Werkstattbericht Nr. 12/2003.

- Geroski et al. (2002), *Founding conditions and the survival of new firms*, Working Paper, London und Lissabon.
- Harhoff, D. und F. Steil, (1997), *Die ZEW-Gründungspanels: Konzeptionelle Überlegungen und Analysepotential'*, in Harhoff, D. (Hrsg.), *Unternehmensgründungen – Empirische Analysen für die alten und neuen Bundesländer*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 7, Baden-Baden, 11-28.
- Kay, R. (2003), *Die Entwicklung junger Unternehmen in Nordrhein-Westfalen*, Jahrbuch zur Mittelstandsforschung 2/2002, Wiesbaden, 1-38
- Kay, R., May-Strobl, E., Maaß, F. (2001), *Neue Ergebnisse der Existenzgründungsforschung*, Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 89 NF, Wiesbaden
- KPMG Special Services, EIM Business & Policy Research, European Network for SME Research (ENSR) und Intomart (2002), *KMU in Europa – inklusive einer ersten Betrachtung der Beitrittsländer*, Beobachtungsnetz der europäischen KMU Nr. 2, Luxemburg.
- Lageman, B., K. Löbke u.a. (1999), *Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel*, Untersuchungen des RWI, Heft 27, Essen.
- Lehnert, N. (2003) *Ergebnisse des DtA-Gründungsmonitors 2002; Schwerpunktthema: Gründungen*
- MittelstandsMonitor (2003), *Innovationen – Herausforderungen für den Mittelstand*, Kapitel 4.
- Piorkowsky (2001), *Existenzgründungsprozesse im Zu- und Nebenerwerb von Frauen und Männern*, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Prantl, S. (2003), *Bankruptcy, Subsidized Loans, and Exit-Decisions of Start-Up Firms*, Dissertation, Mannheim.
- Ragnitz, J. (1999), *Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen für den Konvergenzprozess*. Konjunkturpolitik, v. 45, iss. 3, pp. 165-87.
- Rothwell, R. und M. Dodgson (1996), *Innovation and Size of Firm*, in: Dodgson, M. und Rothwell, R. (Hrsg.): *The Handbook of Industrial Innovation*, Cheltenham und Brookfield: Edward Elgar. Wagner, J. (1999), *Arbeitsplatzdynamik und Betriebsgröße*, in: Bögenhold, D und D. Schmidt (Hrsg.), "Eine neue Gründerzeit?", 137-153.

KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de
Infocenter 0180 1 335577 (bundesweit zum Ortstarif)
Telefax 069 7431-64355
infocenter@kfw.de

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

Michael Bretz M. A., Leiter Abteilung Wirtschafts- und Konjunkturforschung,
Verband der Vereine Creditreform e. V., Neuss;
Dr. Norbert Irsch, Direktor Volkswirtschaft, Chefvolkswirt, KfW Bankengruppe,
Frankfurt am Main;
Dr. Gunter Kayser, Wissenschaftlicher Geschäftsführer,
Institut für Mittelstandsforschung Bonn;
Dr. Bernhard Lageman, Leiter Kompetenzbereich Existenzgründung und
Unternehmensentwicklung, Handwerk und neue Technologien, RWI Essen;
Dr. Georg Licht, Leiter Forschungsbereich Industrieökonomik und Internationale
Unternehmensführung, ZEW - Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH,
Mannheim.

Autoren:

Dr. Klaus Borger, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main;
Dr. Anke Brenken, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main;
Dr. Reinhard Clemens, IfM Bonn;
Dipl.-Volksw. Wolfgang Dürig, RWI Essen;
Dr. Dirk Engel, RWI Essen;
Dipl.-Math. Brigitte Günterberg, IfM Bonn;
Dr. Ljuba Haunschild, IfM Bonn;
Dr. Bernhard Lageman, RWI Essen;
Dipl.-Volksw. Georg Metzger, ZEW, Mannheim;
Dr. Michaela Niefert, ZEW, Mannheim;
Rechtsanwältin Anne Sahm, Creditreform, Neuss;
Dr. Christiane Schäper, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main;
Dr. Volker Zimmermann, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main.